

Björn Harmening

Schaffen wir das?

Gesellschaft zwischen Flucht, Rassismus und Sozialpolitik



Ascia in Silva eBooks

Einleitung

Das Jahr 2015 stellt im Hinblick auf die Entwicklung der Zahl von Menschen, die aus verschiedenen Ländern nach Europa und nach Deutschland kamen, mit Sicherheit eine Zäsur dar. Vor allem ab der zweiten Jahreshälfte beschäftigten sich die Medien immer häufiger mit den Zahlen der zu erwartenden Flüchtlinge – und diese Zahlen wurden ständig nach oben korrigiert. Rund 1,1 Millionen (Doppelzählungen möglich) sind es bis Dezember des vergangenen Jahres gewesen, die sich aus den verschiedensten Ursachen auf den Weg nach Europa und Deutschland machten.

Vor allem der Krieg in Syrien spielte bei den Fluchtursachen eine große Rolle und so ist es auch nicht verwunderlich, dass Menschen aus diesem Land einen Großteil derjenigen ausmachen, die hergekommen sind. Aber auch aus anderen Krisengebieten wie Afghanistan und Irak, dem Sudan und Eritrea haben sich viele auf den Weg gemacht. Ein weiterer großer Anteil an Menschen, die nach Deutschland kommen, stammt aus den sogenannten Balkanstaaten – hier vorrangig das Kosovo und Albanien, die nicht vor Krieg und Bomben flüchten, aber andere Gründe haben, ihr Land zu verlassen.

Ich möchte in diesem Text nur am Rande auf die einzelnen Situationen der Herkunftsländer eingehen, zumal gerade die Lage in Syrien mit seinen verschiedenen Kriegsparteien für uns als mediale Normalverbraucher mehr als undurchschaubar und nicht leicht zu analysieren ist. Vielmehr möchte ich einige Fakten zur sozialen Lage der Bewohner dieses Landes – sowohl einheimische, als auch Asylbewerber und Geflüchtete – darstellen und versuchen, Zusammenhänge zwischen der Sozialpolitik, der medialen Darstellung der Situation und der Reaktion der Menschen hier im Land zu finden. Mich interessiert dabei u.a. der inzwischen beinahe berühmte Ausspruch von Bundeskanzlerin Merkel, der da lautet: „Wir schaffen das“.

Dieser Satz steht im Zusammenhang mit der Frage, ob die Menschen, die zu uns kommen, integriert werden können und ob Deutschland das sowohl finanziell, als auch organisatorisch leisten kann. Hierbei ist es wichtig zu analysieren, was dieses

„Das“ eigentlich bedeutet und was alles dazu notwendig ist, um es umzusetzen. Dass es notwendig ist, die Menschen in ihrer Not zu unterstützen und sie letztlich hier zu integrieren steht für mich außer Frage. Dass dies eine gewaltige Herausforderung darstellt, ist mir auch klar. Sie ist jedoch nicht so sehr unmöglich, wie manche Stimmen aus der Politik, den Medien und den entsprechend gesteuerten Gruppen uns weismachen möchten. Die Absichten und Interessen, die hinter vielen kritischen bis ablehnenden Aussagen stehen, versuche ich ebenfalls zu analysieren und aufzuzeigen.

Um sich diesem vielfältigen und äußerst schwierigen Thema jedoch zunächst sachlich zu nähern, muss man der Reihe nach die Fakten sichten, um daraus entsprechende Schlüsse ziehen zu können, wie groß das Problem, vor dem wir stehen, tatsächlich ist. Aber keine Angst, das hier soll keine Statistik-Bleiwüste werden und der Text soll sich auch nicht nur auf Zahlen reduzieren. Trotzdem muss man sich zunächst einmal den tatsächlichen Stand der Dinge anschauen, denn die Thematik der Flüchtlinge und Asylbewerber wird viel zu oft nur aus dem Bauch heraus und ohne Fakten diskutiert. Lassen Sie uns also als erstes Zahlen betrachten.

Statistiken zur Flüchtlingskrise

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) ist verantwortlich für die Verwaltung von Asylanträgen, als auch aktuell die Organisation der Verteilung der Geflüchteten auf die verschiedenen Bundesländer. Auch Statistiken über die Zahlen, die Herkunft und die Daten der Migranten werden erstellt und können entsprechend abgerufen werden. Die Januar-Ausgabe der Broschüre „Aktuelle Zahlen zu Asyl“¹ stellt in verschiedenen Grafiken z.B. die Entwicklung der Asylantragszahlen seit 1953 bis heute vor. Zudem kann man sich die aktuellen Zahlen aus 2015 und Januar 2016 betrachten. Das Ganze wird aufgeschlüsselt in Alter, Geschlecht und Herkunft der Menschen, die einen Asylantrag stellen. Man kann Entscheidungsquoten, die zugangstärksten Herkunftsländer und dergleichen mehr ansehen.

¹ BaMF - Aktuelle Zahlen zu Asyl, Januar 2016

Zunächst einmal muss festgestellt werden, dass die Zahl der Asylbewerber nicht gleich ist mit derjenigen Zahl an Menschen, die aufgrund der verschiedensten Ursachen nach Deutschland gekommen sind. Aktuell im Januar 2016* sind 52.103 Anträge gestellt worden. Im gesamten Vorjahr waren es 476.649 Anträge, davon 441.899 Erstanträge². Das ist seit der Dokumentation der Antragszahlen 1953 in der Tat die höchste Zahl an Asylanträgen und spiegelt die derzeitige Situation der Flüchtlingszahlen wider. Allerdings ist dieser „Ausreißer“ nicht der einzige in der jüngeren deutschen Geschichte – abgesehen von den riesigen Flüchtlingszahlen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Ende des II. Weltkrieges, die hier aber nicht erfasst sind.

Der Statistik ist zu entnehmen, dass es beispielsweise 1992 mit rund 438.000 Anträgen ähnliche Zahlen gegeben hat. Damals waren der Krieg im Irak und die Einreise von deutschstämmigen Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion die Gründe für diese verstärkte Migration – übrigens mit einem ähnlich negativen Echo in einigen Medien, Teilen der Politik und der Bevölkerung, wie es heute leider aktuell auch wieder der Fall ist; doch davon später mehr.

Am stärksten vertreten sind im Januar diesen Jahres Asylanträge aus Syrien mit über 27.000 Erstfällen, gefolgt von irakischen Antragsstellern (über 6500) und Menschen aus Afghanistan (rund 4900 Anträge). Dabei handelt es sich um Menschen jeder Altersgruppe, wobei die Gruppe der männlichen Bewerber von 18 bis unter 25 mit 26,4% den größten Anteil ausmacht. Frauen in dem Alter sind mit 17,9% vertreten. Insgesamt liegt der Altersdurchschnitt der Asylbewerber bei etwa 25-30 Jahren, wobei die Gruppe der 30-35-Jährigen mit 10,3% die drittstärkste Altersfraktion ausmacht. Männer sind über alle Altersbereiche mit ca. 65% zu 35% weiblichen Bewerbern vertreten.

² BaMF, Entwicklung der Asylantragszahlen, Seite 3

*Aus Gründen der Übersichtbarkeit betrachte ich die Zahlen nur bis Januar. Im Februar und März 2016 ist die Zahl der nach Deutschland gelangten Geflüchteten aufgrund von Grenzschießungen innerhalb der EU und der Vereinbarung mit der Türkei vom 20. März 2016 deutlich gesunken. Mehr dazu im fortlaufenden Text.

Bei den Entscheidungen der Anträge stellt das Bundesamt ebenfalls Zahlen und Grafiken zur Verfügung. Von den oben bereits erwähnten rund 477.000 Asylanträgen aus 2015 sind 282.726 entschieden worden. Etwa 91.500 davon wurden abgelehnt, weil sie „unbegründet“ oder „offensichtlich unbegründet“ gestellt worden seien. Aus diesen Zahlen ergibt sich allerdings nicht, zu welcher Gruppe die abgelehnten Bewerber gehören oder aus welchem Land sie stammen. In 2016 sind bis Ende Januar noch einmal fast 50.000 Entscheidungen gefällt worden, 13.175 davon wurden ablehnend entschieden.

Um dieses umfangreiche Zahlenwerk einmal in einer ersten Bewertung am Beispiel des Jahres 2015 zusammenzufassen kann man feststellen, dass etwa die Hälfte der Menschen, die im vergangenen Jahr hergekommen sind, bisher einen Antrag aus Asyl gestellt haben. Davon sind wiederum etwa 50% bearbeitet worden, von denen etwa ein Drittel (also ca. ein Zwölftel der Gesamtzahl der hier eingereisten Menschen) aus unterschiedlichsten Gründen negativ beschieden wurde. Zwei Drittel der bereits entschiedenen Fälle sind hingegen positiv bewertet worden, so dass die dahinterstehenden Menschen ganz offensichtlich einen unserem Grundgesetz entsprechenden Grund haben, um Asyl in Deutschland zu bitten. Viele von den abgelehnten Asylbewerbern erfahren dennoch Aufenthaltsgestattung, da ihre Abschiebung aus Kapazitätsengpässen derzeit nicht möglich ist oder es andere Gründe gibt, dass sie zunächst hierbleiben dürfen. Auch dazu später im ideologischen Teil dieses Textes mehr.

Beim Statistischen Bundesamt kann man ein anderes Zahlenwerk erfahren, das zwar nicht im direkten Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage steht, aber dennoch wichtig bei der Bewertung der „Krise“ sein dürfte. Hier geht es nämlich um die Zahl der Auswanderer aus Deutschland. Demnach sind beispielsweise 914.241³ Auswanderer in 2014 aus Deutschland fortgezogen. In 2013 waren es noch „nur“ 797.800⁴. Für 2015 sind die Zahlen bei Erstellung dieses Textes noch nicht erhältlich gewesen, aber es

³ Bundesamt für Statistik, www.destatis.de

⁴ www.statistica.de

zeichnet sich ein deutlicher Trend hin zu einer verstärkten Abwanderung vor allem in die Schweiz, die USA, Österreich und Großbritannien ab, der dafür sorgt, dass die Bevölkerungszahl trotz der starken Zuwanderung im vergangenen Jahr stabil bleibt. Mit Stand Juni 2015 hatte Deutschland 81,5 Millionen Bewohner³, die in etwa 40,5 Millionen Haushalten lebten. Das ist auch im Januar 2016 noch immer so.

Von einer „Schwemme“ an Menschen, die zu uns ins Land kommen und sozusagen die Aufnahmekapazität sprengen würden, kann also keine Rede sein. Eine ähnliche Zuwanderungsspitze gab es wie gesagt bereits 1992, wo nach den Zahlen des Stat. Bundesamtes 1,5 Millionen Zuwanderer nach Deutschland zogen (wir erinnern uns, es gab in dem Jahr Asylanträge in Höhe von 438.000). Wer sich daran zurückentsinnen kann, dass es in jenem Jahr zu Engpässen bei der Ernährung, dem Wohnraum oder allgemein dem Wohlstand in Deutschland gekommen sei, der melde sich bei mir.

Man kann also anhand des dargestellten Zahlenwerkes feststellen, dass es nicht zu einer Überbevölkerung kommt und der berühmt/berüchtigte Ausspruch über das Boot, das voll sei, unsinnig und vollkommen haltlos ist. Die oben genannten Zahlen werden später an dieser Stelle noch einmal für den Abschnitt der Sozialpolitik benötigt, doch jetzt möchte ich die Statistik für eine Weile verlassen und die Frage aufwerfen, was es denn neben der unbegründeten Furcht vor zu vielen Menschen, die ins Land kommen, ansonsten ist, das die Öffentlichkeit in dieser Frage spaltet. Und dass sie gespalten ist, wird immer ersichtlicher, wenn man die täglichen Nachrichten oder Diskussionen in den verschiedenen Medien verfolgt. Wovor fürchtet sich der bereits vielzitierte „besorgte Bürger“?

Politische Entwicklung in Deutschland und Europa 2015/16

Vor der Beantwortung dieser Frage sollte man sich zunächst die Entwicklung der beiden letzten Jahre im Hinblick auf innen- und außenpolitische Ereignisse ins Ge-

dächtnis rufen. In 2014 und der ersten Hälfte von 2015 waren vor allem die wirtschaftliche Krise in Griechenland und die militärische Auseinandersetzung in der Ukraine in den Medien präsent und haben die Schlagzeilen bestimmt. Ohne die Ursachen und Handlungsweisen der einzelnen Staaten und Politiker bewerten zu wollen ist festzustellen, dass existenzielle Krisen und deren Auswirkungen näher an die Menschen in der EU und Deutschland herangekommen waren, die es zuvor seit Beendigung des sogenannten kalten Krieges in der räumlichen Nähe nicht gegeben hatte.

Überschattet wurden diese Ereignisse dann spätestens durch die Terroranschläge auf die Redaktion des Satireblattes „Charlie Hebdo“ in Paris und auch durch den immer stärkeren Andrang von Flüchtlingen, die über den Seeweg nach Europa und hier vor allem nach Italien kamen. Die Situation auf der italienischen Insel Lampedusa spielte dabei eine große Rolle, wobei Italien zu dem Zeitpunkt mit der Problematik von der europäischen Union ziemlich alleingelassen wurde.

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“, damals noch in den Medien als „ISIS“ bezeichnet, rückte immer stärker in den Fokus der Nachrichten und die Kriege in Syrien, dem Irak und in Afghanistan fingen an, sich mit ihren Folgen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu drängen. Gleichzeitig ignorierte die europäische und auch die US-amerikanische Öffentlichkeit die vielfältigen Hilferufe des Flüchtlingshilfswerkes UNHCR, welches auf die immer schlechtere Versorgungs- und Hygienelage in den Flüchtlingslagern z.B. im Libanon hinwies. Statt kurzfristige Hilfe und die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, kürzten viele Staaten ihre finanzielle Unterstützung für die Geflohenen, so dass es zu einem massenhaften Exodus aus diesen Lagern kam, der schließlich zur verstärkten Migration nach Europa führte.

In diesen Zeitraum passt auch die Entstehung einer gesellschaftlichen Gruppe in Deutschland, die sich „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz Pegida nannte und sich zunächst regional, dann bundesweit formierte, um regelmäßige Demonstrationen gegen diese befürchtete „Islamisierung“ und auch

gegen die Politik der Regierung insgesamt abzuhalten. Schon von Anfang an wurden diese Bewegung und ihre wöchentlichen Proteste von rechten Gruppen und Einzelpersonen besucht, auch wenn sich die Veranstalter zunächst öffentlich davon distanzieren.

Ableger von Pegida wurden in vielen Städten gegründet, die sich in Anlehnung an den Namen ihrer Stadt Legida (Leipzig), Bragida (Braunschweig) oder Dügida (Düsseldorf) nannten. Nach einem anfänglichen Hype und ständig steigenden Teilnehmerzahlen schien dieses Phänomen sich nach einiger Zeit durch die lange Dauer und den internen Streit, sowie öffentliche Skandale z.B. durch Lutz Bachmann⁵ und seine „Hitler-Fotos“ verursacht, langsam zu zersetzen. Doch ab der zweiten Jahreshälfte 2015 stieg der Zulauf an den Kundgebungen wieder. Diese Proteste wurden und werden zunehmend radikaler und es nehmen deutlich sichtbar rechtsextreme Gruppen teil, die einen großen Anteil an der Gesamtmenge der Demonstranten bilden.

Anders als im europäischen Ausland, wo sich inzwischen rechtsextreme und nationalistische Parteien etabliert haben oder sogar die Regierung bilden, ist Pegida außerparlamentarisch und nicht mit einer bestimmten Partei verbunden. Es gibt zwar deutliche Schnittmengen in der politischen Ausrichtung mit der AfD und auch der NPD, aber noch agiert man (zumindest nach außen hin) unabhängig voneinander.

Die eben genannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist erst seit etwa einem Jahr unter der Regie ihrer neuen Parteivorsitzenden Frauke Petry auf dem selben Kurs, wie z.B. der „Front National“ in Frankreich, Viktor Orbans „Fidesz“ in Ungarn oder die „Partij voor de Vrijheid“ von Geert Wilders in den Niederlanden. Zuvor war die vom inzwischen geschassten Bernd Lucke gegründete und vom ehemaligen BDI-Chef Hans-Olaf Henkel unterstützte Partei mehrheitlich eine rechtskonservative und wirtschaftsliberale Gruppierung, der die neoliberale Ausrichtung der etablierten Parteienlandschaft offensichtlich nicht mehr radikal genug war. Sehr radikal waren hin-

⁵ Zusammen mit Kathrin Oertel u.A. Gründer der PEGIDA und Mitglied des sogenannten Organisationskomitees

gegen die Flügelkämpfe innerhalb der AfD, die schließlich von Petry und ihren Anhängern gewonnen wurden. Der mittlerweile ausgetretene Hans-Olaf Henkel bezeichnet die ehemals von ihm finanziell unterstützte Partei als „Monster“, das man geschaffen habe. Ich komme später noch einmal auf die Inhalte dieser Partei und ihre Wahlerfolge im März 2016 zurück.

Die große Zahl an geflüchteten Menschen, die Deutschland 2015 erreichten, hat sowohl der AfD als auch der Pegida-Bewegung deutlichen Auftrieb gegeben. Der Sommer des vergangenen Jahres war noch geprägt von der sogenannten Willkommenskultur, bei der applaudierende Deutsche mit Geschenken die Flüchtlinge an den Bahnhöfen begrüßten. Dieses öffentliche Bild wandelte sich mit zunehmender Migration und wurde spätestens im Herbst durch die vielfach durch die Medien geisternde Frage, ob Deutschland das denn verkraften könne, abgelöst. Ohne dass ich an dieser Stelle in das gleiche Horn der Schelte einer sogenannten „Lügenpresse“ blasen möchte, wie das die Anhänger der Pegida auf ihren Demonstrationen ständig tun, so muss man dennoch feststellen, dass es zumindest einen deutlichen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Berichterstattung gab, welche die Stimmung im Land mit beeinflusste.

Spätestens mit den Ereignissen in der Silvesternacht am Bahnhof von Köln, bei denen eine große Gruppe von zumeist männlichen Jugendlichen mit mutmaßlich arabischer und nordafrikanischer Herkunft Frauen sexuell belästigten und bestahlen, war es vorbei mit der medialen Willkommenskultur. Plötzlich dominierte wieder die Diskussion über kriminelle Ausländer und die Frage der Möglichkeiten, diese möglichst schnell ausweisen zu können, in der Öffentlichkeit. Wie immer bei solchen Geschehnissen mit starkem öffentlichen Interesse, war auch die Politik wieder schnell bei der Hand, einfache Lösungen mit möglichst breiter Zustimmung für ein komplexes Problem zu fordern, das sich überhaupt nicht so einfach lösen lässt.

Innerhalb der Bundesregierung war und ist es hauptsächlich die CSU unter der Führung ihres Vorsitzenden Horst Seehofer, die reflexartig die üblichen Parolen von härteren Strafen und schärferen Gesetzen rausposaunt und mittlerweile auch die Schließung der Grenze zu Österreich fordert. Mit diesen Forderungen und ihrer Kritik an Bundeskanzlerin Merkel und ihrer Flüchtlingspolitik verursacht die CSU inzwischen einen deutlichen Riss in der Koalition der Bundesregierung. Vor allem Seehofers demonstrativer Schulterschluss mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Orban zeigt das Zerwürfnis zwischen ihm und Kanzlerin Merkel deutlich. Aber auch SPD-Chef Sigmar Gabriel reagierte sogleich mit dem Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, demnach „kriminelle Ausländer in Deutschland nichts zu suchen hätten“, ohne sich einmal ernsthaft Gedanken über die Ursachen solcher Geschehnisse wie in Köln zu machen – geschweige denn, wirklich etwas daran ändern zu wollen.

Die Forderung nach sogenannten Obergrenzen an Flüchtlingszahlen, welche Seehofer und seine Partei immer wieder mit in die Debatte einbrachten, wurde mit entsprechendem Druck begleitet, indem die CSU beispielsweise damit drohte, vor das Verfassungsgericht zu ziehen und Merkels Politik der „offenen Grenzen“ dort anzuprangern. Weniger bedrohlich klingend, aber im Grunde dasselbe meinend, brachte der Koalitionspartner SPD statt Obergrenzen „Kontingente“ von Flüchtlingen ins Spiel. Diese typisch sozialdemokratisch klingenden Wortklaubereien zeigen deutlich auf, dass es ein breites Spektrum an Verantwortlichen in der Politik gibt, die offenbar meinen, dass Deutschland an seine Grenzen – wovon auch immer – gestoßen sei.

Die politische Einstellung und auch das ablehnende und unsolidarische Verhalten vieler anderer europäischer Länder haben inzwischen dazu geführt, dass Kanzlerin Merkel, die unter starken Druck geraten war, ihre Politik nun Schritt für Schritt ändert. Das am 25. Februar im Bundestag beschlossene sogenannte Asylpaket II und die allgemeine Forderung nach „Sicherung der europäischen Außengrenzen“ in Ver-

bindung mit der moralisch mehr als fragwürdigen Haltung zur Türkei sind Auswirkungen einer Politik der versuchten Abschottung vor den Menschen, die nach wie vor aus ihrer Heimat vor Krieg, Hunger und Gewalt fliehen.

Innerhalb der Europäischen Union, die derzeit kaum noch als solche zu bezeichnen ist, herrscht mittlerweile ein regelrechter Protektionismus gegen die Flüchtlinge. Länder wie Ungarn und Tschechien, die bisher von der EU profitierten, schotteten sich nun mit Zäunen und einer diskriminierenden Politik gegen Minderheiten und Fremde ab. Selbst solche Länder wie Österreich, die bisher eher die Politik Deutschlands unterstützten, riegeln sich nun ab. Zusammen mit Tschechien, Ungarn und einigen Balkanstaaten gründete Österreich am 24. Februar eine Gemeinschaft von Ländern, die ohne Absprache mit der restlichen EU die Grenze zwischen Mazedonien, welches nicht zur europäischen Gemeinschaft gehört (!) und Griechenland schlossen, um „den Flüchtlingstreck aufzuhalten“, wie es hieß. Dass Griechenland dabei mit der Problematik der zahlreich an seinen Küsten gestrandeten Menschen allein gelassen wurde, schien niemand der Verantwortlichen zu interessieren. Die Situation an der griechisch/mazedonischen Grenze in der Stadt Idomeni hat sich im März 2016 mit über 13.000 Flüchtlingen zugespitzt. Mitten in Europa entstand durch die einseitige Schließung der Grenze eine menschliche Tragödie mit Szenen, die an die überfüllten Lager im Nahen Osten erinnerten. „So schlimm wie hier war es für mich noch nie“, zitiert die Braunschweiger Zeitung⁶ eine Krankenschwester, die für die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ vor Ort war.

Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz behauptete in einem Interview mit den Tagesthemen am 24. Februar, dass sein Land „überfordert mit den Flüchtlingszahlen“ sei. Auf die Frage, ob ein solches Verhalten denn nicht vollkommen un-solidarisch gegenüber Griechenland wäre, antwortete Kurz, dass sein Land und seine Mitstreiter doch dafür sorgen würden, dass die Schlepperbanden gewarnt würden, weiterhin ihr Treiben fortzusetzen und Flüchtlinge keinen Anreiz mehr zur Flucht bekämen und deshalb zuhause blieben.

⁶ Braunschweiger/Salzgitter Zeitung, 5. März 2016, Seite 2

Ob diese Aussagen eher naiv und dem relativ jungen Alter des österreichischen Außenministers geschuldet sind oder als politisches Kalkül betrachtet werden müssen ist an dieser Stelle vollkommen egal, denn sie sind nur ein weiterer Baustein in den verbalen Mauern der verantwortlichen Politik, die ebenso schnell hochgezogen werden, wie die realen Grenzzäune und Stacheldrahtrollen, die derzeit überall entstehen. Selbst das sogenannte Schengen-Abkommen wurde infrage gestellt, das überall in Europa für einen offenen Grenzverkehr gesorgt hatte. Statt dichter zusammenzuwachsen, entfernen sich die europäischen Länder im Moment wieder voneinander in einer Weise, wie man es als EU-Bürger bis vor Kurzem nicht mehr für möglich gehalten hätte. Es herrscht ein nationalistischer Egoismus, bei dem die Töne immer schriller werden und es deutlich wird, dass die Zentrale in Brüssel keinen moderierenden Einfluss auf diese Tendenzen hat. Vielleicht sollte der Außenminister der Alpenrepublik auf die Worte des österreichischen Schriftstellers Ernst Ferstl hören, der folgenden Satz prägte: *„Es gibt zu viele Flüchtlinge, sagen die Menschen. Es gibt zu wenige Menschen, sagen die Flüchtlinge.“*

In Deutschland scheint sich eine immer negativere und zum Teil regelrecht pogromartige Stimmung in einigen Bereichen des Landes gegen die Geflüchteten auszubreiten, die ihren Höhepunkt in solchen Ereignissen wie jüngst⁷ in Clausnitz und Bautzen finden, bei denen eine wütende Menge einen Bus mit Flüchtlingen blockiert und die Menschen bedroht oder Asylbewerberheime angezündet werden. Solche Ereignisse führen dazu, dass das Bundesland Sachsen inzwischen als Synonym für Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass steht. Doch in Wahrheit ist dies ein gesamtdeutsches Problem, wenn man sich einmal anschaut, wo und in welchem Umfang rechts-extreme Straftaten in den letzten Jahren stattgefunden haben. Nach einem Bericht von „Zeit-Online“⁸, der sich auf die jährlich von der LINKE-Politikerin Petra Pau veröffentlichten Statistik dazu bezieht, ist die Zahl der rechtsextremen Straftaten in 2015 auf 13.846 und somit um rund 30% gegenüber 2014 gestiegen und somit bundesweit in die Höhe geschneit.

⁷ Im Februar 2016

⁸ „Zeit Online“ vom 11. Februar 2016

Auch an dieser Stelle gibt es übrigens wieder Parallelen zum Beginn der 1990er Jahre, in denen es ebenfalls zu Pogromen gekommen war. Rostock-Lichtenhagen ist hier ein Beispiel, bei dem eine wütende Menge mehrere Tage lang unter den Augen der Polizei gegen ein Asylbewerberheim vorgegangen war, Brandsätze und Flaschen warf und die Bewohner des Heims in Todesangst versetzte. Auch zu jeder Zeit reagierte die Politik nicht mit der strikten Anwendung des Strafrechtes den Tätern gegenüber, sondern mit Gesetzesänderungen zu Ungunsten des Asylrechtes und der Eindämmung der Migrationszahlen. Wer sich einmal die Mühe macht und die Aussagen der Politiker aber auch der wütenden Menge damals und heute vergleicht, der wird verblüfft feststellen, dass sich Geschichte manchmal doch wiederholt.

Bericht von Amnesty International vs. Asylpaket II und EU-Türkei Pakt

Die im Februar 2016 verabschiedete „Gesetz zur Beschleunigung von Asylverfahren“ ist ein Beispiel davon, wie sich Politik dem vermeintlichen Sachzwang unterordnet, auf die hohe Zahl der Asylberber in der Form reagieren zu müssen, es den Menschen insgesamt schwerer zu machen, in diesem Land Fuß zu fassen. Was sich zunächst positiv in Bezug auf die Dauer der Verfahren anhört, ist jedoch bei genauerer Betrachtung vor allem die gesetzlich in Form gegossene Erleichterung, die Bewerber schnell wieder abzuschieben. Dies geschah bereits bei der ersten Stufe (Asylpaket I), bei der z.B. solche Länder wie das Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, in die abgelehnte Asylbewerber wieder schnell zurückgeschickt werden können. Wer sich einmal genauer anschaut, wie bestimmte Minderheiten wie Sinti und Roma oder zum Beispiel auch Homosexuelle in solchen „sicheren Herkunftsstaaten“ behandelt werden, der könnte sehr schnell Zweifel an dieser Definition bekommen.

Ein weiterer Grund, das Asylrecht zu verschärfen, wird bereits in der Einleitung des Gesetzentwurfes⁹ deutlich. *„Die hohe Zahl der Asylsuchenden lässt zudem eine hohe Zahl von Anträgen auf Familiennachzug erwarten. Dieser soll begrenzt werden, um einer Überforderung der Aufnahme- und Integrationssysteme in Staat und Gesellschaft zuvorzukommen“*,

⁹ Referentenentwurf des „Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ vom 19.11.2015

heißt es darin. Die Sorge vor Familiennachzug scheint also sehr groß zu sein bei denjenigen Politikern, die ansonsten immer das Familienbild hochhalten und auch ständig den demographischen Wandel in Deutschland als Schreckgespenst und Begründung für alle möglichen sozialen Verschlechterungen an die Wand malen. Das kann für die Betroffenen – hier vor allem minderjährige Geflüchtete – bedeuten, dass sie bis zu zwei Jahre auf den Nachzug ihrer Eltern warten müssen ... wenn die dann noch am Leben sind.

Abgelehnte Asylbewerber, die aus gesundheitlichen Gründen nicht transportfähig sind, müssen dies mit einem ärztlichen Gutachten nachweisen. Wie ihnen das gelingen soll, wenn sie z.B. bestimmte Formulare nicht verstehen und in gesonderten Zentren untergebracht sind, wird ein Geheimnis der Verfasser dieses Gesetzes bleiben. Die generelle Kürzung des Taschengeldes von derzeit 143 Euro um bis zu zehn Euro soll der Finanzierung von Sprachkursen dienen. Da aber nicht alle Asylbewerber daran teilnehmen können, finanzieren das auch diejenigen, die nichts davon haben – ganz abgesehen davon, dass es nach wie vor nicht genügend Angebote gibt, wobei es trotzdem Sanktionen in Form von Leistungskürzungen für diejenigen Menschen geben soll, die sich nicht an solchen Kursen beteiligen.

Insgesamt soll das Beschleunigen der Asylverfahren dergestalt umgesetzt werden, dass die Bearbeitung künftig nach spätestens drei Wochen abgeschlossen ist. Zu wenig, um sich als Fremder ausreichend mit rechtlichen Mitteln in Deutschland vertraut zu machen und diese zu nutzen. Das Ziel der Politik ist es aus meiner Sicht lediglich, möglichst viele Menschen so schnell wie es geht wieder loszuwerden. Die inzwischen ständig auch von Bundeskanzlerin Merkel geäußerte Floskel der Notwendigkeit von sicheren Außengrenzen Europas runden das Bild von der Festung Europa ab. Die eigentlichen Ursachen von Krieg und Flucht sind damit allerdings keinesfalls beseitigt.

Diese Doppelmoral wird auch ansonsten in der Innen- und Außenpolitik der EU und Deutschlands fortgesetzt. An drei Beispielen kann man das sehr deutlich sehen: der

politische Umgang mit der Türkei, Afghanistan und Saudi-Arabien. Die Türkei dient plötzlich als verlässlicher Partner und eine Art Prellbock in der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik. Zuvor stets von der EU als Beitrittskandidat vor allem mit deutlichen Worten von Angela Merkel ausgeschlossen, soll das Land am Bosphorus nun auf einmal mithelfen, die Krise zu lösen und darf dafür nun wieder hoffen, in den erlauchten Kreis aufgenommen zu werden – offenbar unabhängig von der Tatsache, dass die demokratischen Strukturen immer mehr von Ministerpräsident Erdogan beseitigt, Minderheiten unterdrückt und die Pressefreiheit beschnitten werden. Nichts desto trotz gilt ab dem 20. März das am Vortag auf einem EU-Gipfel vereinbarte Abkommen mit der Türkei, demnach „illegal“ von dort nach Griechenland gelangte Geflüchtete aus Syrien wieder zurück in die Türkei verbracht werden. Im Gegenzug dazu soll die EU Asylbewerber aus der Türkei in gleicher Zahl aufnehmen. Menschenrechtsorganisationen wie „Pro Asyl“ bewerten dieses Vorgehen als „Schande“¹⁰. Der Geschäftsführer der Organisation sprach dieses deutliche Wort im Zusammenhang im Hinblick auf die Menschenrechtslage in der Türkei und der Gefahr, dass es von dort aus heimlich zu weiteren Abschiebungen zurück nach Syrien kommen könnte. Ähnlich sieht es einem weiteren Bericht der Frankfurter Rundschau vom 19. März 2016 zufolge der österreichische Menschenrechtsexperte Manfred Nowak, der das Land am Bosphorus als „keinen sicheren Drittstaat“ betrachtet.

Afghanistan könnte bei einer erneuten Erweiterung des eben beschriebenen Gesetzes zur Beschleunigung von Asylverfahren hingegen sehr wohl in den „Genuss“ kommen, als sicheres Herkunftsland zu gelten. Zumindest Bundesinnenminister Thomas de' Maiziere zufolge sind Teile des Landes als „sicher“ zu betrachten, wie er mehrmals auf Pressekonferenzen betonte. Wer sich den Jahresbericht¹¹ von Amnesty International von 2015 dazu durchliest, kommt allerdings zu einem anderen Schluss. *„Zunehmende aufständische und kriminelle Umtriebe führten dazu, dass sich 2015 die Sicherheitslage im ganzen Land massiv verschlechterte“*, heißt es in dem Bericht. 1592 Zivil-

¹⁰ Frankfurter Rundschau, 19.3.2016, Artikel „Taktgeber Türkei“

¹¹ www.amnesty.de Jahresbericht 2015, Auszüge (deutsch)

personen seien getötet worden, 3329 wurden verletzt. Von Seiten der Behörden bekommen die sogenannten Binnenvertriebenen keinerlei Hilfe. Im Gegenteil, in 796 Fällen von Tötung oder Verletzung seien mutmaßlich Regierungskräfte verantwortlich gewesen. Der Anteil solcher Fälle stieg somit um 60% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Bericht wird fortgesetzt mit Aufzählungen von Folterungen, Morden, Angriffen der Taliban etc. Wer solch eine Situation als „in Teilen sicher“ bezeichnet, wie der deutsche Innenminister, der hat entweder überhaupt keinen Überblick über die Lage, oder er stellt solche Behauptungen aus Opportunismus auf.

Saudi-Arabien ist einer der Hauptprotagonisten in den Konflikten im Nahen Osten, es unterstützt zumindest mutmaßlich den sogenannten Islamischen Staat (IS) finanziell und ist als Kriegspartei im Nachbarland Jemen beteiligt. Das sunnitische Königshaus unterdrückt die schiitische Minderheit im Land und kommt ebenfalls im Bericht von Amnesty schlecht weg. Die Todesstrafe fand demnach im großen Ausmaß in 2015 statt, es wurden mehr als 150 Urteile vollstreckt. Auch ansonsten gibt es in dem ölreichen Land teils drakonische und mittelalterlich anmutende Strafen wie öffentliches Auspeitschen und Stockhiebe für „Straftaten“ wie Beleidigung des Königshauses oder „Abfallen vom rechten Glauben“. Frauen sind nach wie vor stark benachteiligt in dem Land und dürfen z.B. nicht Auto fahren. Friedliche Demonstrationen gegen die Willkür der Regierung werden brutal unterdrückt. Die sogenannte wahhabitische Form des Islam gilt als besonders radikal und streng. Trotzdem scheint die sogenannte westliche Welt mit ihren „Werten“, die sie gegen den islamistischen Terror ständig zu verteidigen vorgibt, kein Problem mit dieser Art von Radikalität zu haben. Nach wie vor ist Saudi-Arabien einer der Hauptabnehmer von Waffen aus Frankreich, Großbritannien und vor allem auch Deutschland.

In der Antwort¹² des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Jan van Aken (LINKE) vom Februar 2016 geht hervor, dass das arabische Land in 2015 Waffen im Wert von insgesamt über 270 Millionen Euro er-

¹² Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom 19. Februar 2016

halten hat. Der antwortende Staatssekretär betont im Anschreiben, dass es sich hierbei hauptsächlich um „Komponenten“ handele und keinerlei Kleinwaffen wie z.B. Pistolen und Gewehre geliefert worden seien. Zudem hätte sich das Volumen der Exporte von Rüstungsgütern vor allem auf EU-Staaten verlagert. Im Gegensatz dazu wird im Punkt 4 dargestellt, dass die politisch von der jetzigen Bundesregierung zu verantwortenden Rüstungsexporte an „Drittländer“ in 2015 bei 2,7 Mrd. Euro lagen – das sind 300 Millionen Euro mehr als 2014!

Weitere Hauptabnehmer der sogenannten Drittländer sind übrigens Algerien (411 Millionen Euro) und Südkorea (516 Millionen Euro), also nicht gerade stabile und/oder krisenarme Länder. Die Ausfuhr aus Deutschland wird insgesamt mit dem für 2015 vorläufigen Wert von 5,9 Mrd. Euro dargestellt, für welche die derzeitige Regierung Verantwortung trägt. In diesem Zusammenhang wird zwar immer vom zuständigen Wirtschaftsministerium (auch vom Minister Gabriel) wiederholt, dass es sich vielfach um Schutzgüter wie Westen und Sicherheitsglas handele und vor allem „befreundete Staaten“ der EU beliefert werden würden, aber der hohe Anteil an Rüstungsgütern, der in Problemregionen wie Korea und eben auch die Kriegspartei Saudi-Arabien geht, macht die weiter oben angesprochene Doppelmoral der Politik mehr als deutlich. Jede Waffe – egal in welchem Konsens sie sich zum Kriegsgerät insgesamt befindet – ist irgendwann Bestandteil von Krieg und Zerstörung und führt am Ende genau zu dem Elend, vor dem die Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak und vielen anderen Ländern flüchten.

Willkommenskultur und Fremdenhass

Fasst man die bisherigen Kapitel dieses Textes zusammen, so kann man in aller Kürze feststellen, dass sehr viele Menschen den Weg nach Europa und Deutschland gesucht haben und noch suchen, weil sie handfeste Gründe haben, ihre Heimat zu verlassen. Sie fliehen vor Krieg und Gewalt oder vor schlimmster Diskriminierung und Willkür durch ihre Staatsführungen. Vor allem – aber nicht nur – junge Männer treten den langen beschwerlichen Weg an und nehmen dabei ein hohes Risiko für Leib und Leben auf sich, weil sie es hauptsächlich sind, die eine solche Strapaze

überhaupt überstehen können und so einen Weg für ihre Familien suchen, später nachzukommen.

In vielen dieser Länder, die für den Exodus ihrer Bevölkerung verantwortlich sind, herrscht das Chaos. Staatliche Strukturen sind fast gänzlich beseitigt und es gibt keine funktionierende Infrastruktur mehr. Flüchtlingslager sind, so es welche gibt, hoffnungslos überfüllt und in einem furchtbaren hygienischen Zustand, den kein Mensch lange ertragen kann, ohne an Seuchen wie Ruhr und Cholera zu erkranken. Kinder sind unterernährt und für Verletzte gibt es kaum ausreichend Hilfe. Wer unter solchen Umständen sein Leben fristen muss, dem bleibt nahezu keine andere Möglichkeit, als diese Umstände hinter sich zu lassen, wenn er noch dazu in der Lage ist. Jeder einzelne von uns, die wir noch immer in relativem Wohlstand mit genügend Nahrung, Kleidung und sonstigen lebenswichtigen Bedürfnissen leben, stelle sich diese Situation einmal für sich selbst vor und beantworte dann die Frage, was er/sie dann tun würde?

Vielfach ist die schlimme Lage, in der sich die genannten Länder befinden nicht hausgemacht, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Einmischung und Destabilisierung durch die sogenannten Weltmächte – nicht selten (eigentlich fast immer) geht es vor allem um Rohstoffe und den freien Zugang dazu, der zu den Kriegen führt. Der vermeintliche Krieg gegen den Terror ist dabei nach meiner Überzeugung nur ein Vorwand – genau wie die vorgeschobene Religion solcher Organisationen wie der IS und anderer Terrorbanden.

Während die sogenannte westliche Welt also viele Jahre von dieser Situation profitierte und oftmals auch die Verantwortung z.B. durch Waffenlieferungen in solche Gebiete trägt, versucht sie nun, sich vor den Folgen – sprich vor den fliehenden Menschen – abzuriegeln. Nichts Anderes ist unter den „zu sichernden Außengrenzen Europas“ zu verstehen. Dass man dazu eine nicht demokratisch legitimierte und kon-

trollierte Söldnertruppe wie „Frontex“ als Grenzschutzmacht nutzt und ihr selbstständiges Handeln¹³ und Entscheiden auch gegen den ausdrücklichen Willen von EU Mitgliedsstaaten einräumt, spricht meiner Ansicht nach Bände.

Sie merken, liebe Leserinnen und Leser, dass wir uns schon längst im ideologischen Teil dieses Textes bewegen. Betrachten wir weiter das Zusammentreffen der Menschen und ihrer Schicksale, die ich eben beschrieben habe mit den Leuten in diesem Land ein wenig genauer. Die am Anfang von mir gestellte Frage, wovor der „besorgte Bürger“ sich fürchtet, steht noch immer im Raum. Ich benutze diese Floskel absichtlich, weil sich die Leute, welche auf die Demos von Pegida & Co. gehen und wahrscheinlich auch die AfD wählen, dies Attribut selbst gegeben haben. Besorgt seien sie über die schon dargestellte „drohende“ Islamisierung und den Zustand des „christlich geprägten“ Abendlandes. Ich gehe an dieser Stelle mal davon aus, dass die Mehrheit der Leute, die sich zu diesen „besorgten Bürgern“ zählen, nicht überzeugte Nazis sind und sich sozusagen das „Dritte Reich“ wieder herbeiwünschen. Trotzdem kann man derzeit beobachten, dass sich eine nicht unerhebliche Menge an Menschen in diesem Land zunehmend radikalisiert.

Auf den Demos der Pegida und ihrer Ableger ist immer häufiger zu beobachten, wie Politiker und Andersdenkende nicht nur kritisiert werden, sondern die (zumindest symbolische) Forderung nach deren Hinrichtung durch den Galgen gefordert wird. Journalisten werden beschimpft und attackiert und niemand scheint sich an den verbalen, undemokratischen Entgleisungen der Redner oder dem offenen Auftreten von wirklichen Nazis mit ihren Symbolen zu stören.

Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte sich in dem gesamten Jahrzehnt ihrer Kanzlerschaft, die sie in unterschiedlichen Koalitionen geführt hatte, trotz mannigfaltiger Sozialkürzungen, trotz immer stärker auseinanderklaffender Einkommen, trotz steigender Anzahl prekärer Arbeitsplätze, trotz sinkendem Rentenniveau, trotz heimlich

¹³ Siehe Vereinbarung zwischen EU und Türkei. Bis Juli 2016 bekommt Frontex das Recht, selbstständig an den EU-Außengrenzen einzugreifen.

vereinbarter Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und nicht durchdachter Energiepolitik ständig steigender Beliebtheit erfreuen, als würde man sie gar nicht mit der Politik der Regierung in Verbindung bringen, wie es der Kabarettist Volker Pispers so schön formuliert hat.

Der Punkt, an dem ihre Beliebtheitswerte das erste Mal wirklich sichtbar sanken ist ausgerechnet der Moment gewesen, an dem sie ein einziges Mal entgegen ihres sonstigen politischen Verhaltens aus meiner Sicht wirklich eine Entscheidung traf, zu der sie gegen jeden Widerstand und jede Anfeindung – auch und vor allem aus ihrer eigenen Partei – stand. Die Entscheidung im Sommer 2015, die in Ungarn steckengebliebenen Geflüchteten in Deutschland aufzunehmen und somit das sogenannte Dublin-Abkommen auszusetzen, um ein humanitäres Desaster mitten in Europa zu verhindern. Genau diese Entscheidung nimmt ihr ein nicht unerheblicher Teil des Volkes nun offenbar übel. Ich will an dieser Stelle nicht verschweigen, dass es auch sehr viele Menschen gibt, die nach wie vor die bereits beschriebene Willkommenskultur hochhalten. Die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, deren Arbeit mit den und für die Geflüchteten gar nicht hoch genug angerechnet werden kann, sind selbstverständlich nach wie vor da und erhalten auch zu Recht einen hohen Zuspruch.

Trotzdem gibt es eben leider auch die andere Seite der menschlichen Natur. Diejenigen, die inzwischen offen gegen die Geflüchteten hetzen, sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamieren oder pauschal als Terroristen betrachten, als wären die meisten dieser Menschen nicht genau vor Terror und Gewalt geflohen. Diese Einstellung in der deutschen Bevölkerung ist jedoch nicht erst mit der steigenden Anzahl der Geflüchteten entstanden, sondern sie zeigt sich nur besonders ausgeprägt in solchen Zeiten wie zu Beginn der 1990er Jahre und jetzt wieder. Die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung seit einigen Jahren regelmäßig herausgebrachte Studie¹⁴ zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zeigt u.a. anhand eines Kataloges mit

¹⁴ Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler „Die Mitte in der Krise – rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung – Forum Berlin, 2010

Fragen, die rechtsextreme und nationalistische Thesen beinhalteten, wie die Deutschen darüber denken. „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, hieß eine dieser Thesen, die zwar 35,3 Prozent der Befragten damals vollkommen ablehnten, aber immerhin 21% teils, teils zustimmten und 16,3% überwiegend dieser Meinung waren. „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“, meinten 20,5% überwiegend und 9,5% dieser Gruppe glaubten, dass Deutschland wieder einen „starken Führer“ haben sollte.

Da solches Gedankengut in „schlechten“ Zeiten wie gesagt stärker hervortritt, ist davon auszugehen, dass diese Aussagen derzeit noch größeren Zuspruch haben dürften, was sich anhand des Wahlverhaltens in der Tendenz hin zu Parteien mit nationalistischer und (zumeist verdeckter) rassistischer Ausrichtung zeigt. Auch hier wieder Parallelen zu den 90ern, wo die „Republikaner“ von Franz Schönhuber ähnlich wie heute die AfD den politischen Mainstream vor sich hertrieben. Dass die Menschen, die solche Parteien wählen nicht gleich der rechtsextremen NPD den Vorzug geben, erkläre ich mir – unabhängig vom derzeitigen Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht – damit, dass man eben nicht offen (oder gar bewusst) rechtsextrem und nationalistisch eingestellt sein will. Aus diesem Grund betonen viele Anhänger der AfD und der Pegida sicher auch, dass sie ja keine Nazis seien, aber ...

Vielmehr nimmt man für sich in Anspruch, doch auch in Deutschland endlich wieder einen „gesunden Patriotismus“ leben und „normal“ sein zu dürfen, wie es bei anderen Völkern auch der Fall sei. Dies steht oft im Zusammenhang mit der Meinung, dass die deutsche „Schuldkultur“ doch mal ein Ende haben müsse. Die Behauptung, dass es so etwas wie eine Schuldkultur gibt, die es zu überwinden gelte, wird darum gern von Rechtsextremen aufgegriffen und als Argument mit großem Zustimmungspotenzial verbreitet. Ein Blick zurück auf die erwähnte Studie aus 2010 zeigt bei der Behauptung: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ eine Teils-Teils Zustimmung von beinahe 25% und eine überwiegende von 12,5%.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu nennen, dass gerade bei den Pegida-Demonstrationen neben vielen nationalistischen Symbolen oft auch die israelische Flagge zu sehen ist. Bei dem Ableger Bragida in Braunschweig ist der blaue Davidstern regelmäßig mit dabei. Man beruft sich dort auch auf das „christlich-jüdisch geprägte Abendland“ (!), lässt aber ansonsten die üblichen nationalistischen Parolen vom Stapel. Die Frage nach diesem scheinbaren Widerspruch löst sich insofern auf, als man zunächst von Seiten der Veranstalter genau darauf verweist und somit praktisch ein Alibi hat, „doch gar keine Nazis“ zu sein. Zudem spielt der Staat Israel aus Sicht der Demonstranten eine bedeutende Rolle im „Kampf gegen den Islamismus“. Von daher erklärt sich die mehr als eigenartige Situation, dass die israelische und die Reichskriegsflagge manchmal bei Pegida nebeneinander wehen. Das ändert nichts an der menschenverachtenden Rhetorik auf diesen Veranstaltungen.

Rassismus, Angst oder Konkurrenzangst?

Die Überschrift zu diesem Kapitel beinhaltet die Frage, was die Fremdenfeindlichkeit bei Teilen dieser Bevölkerung denn nun verursacht und antreibt? Ist es die bereits beschriebene und vielfach zitierte Angst vor dem Islamismus? Ist es bei allen Teilnehmern von Pegida und bei allen Wählern der AfD purer Rassismus? Oder ist es lediglich der Konkurrenzdruck in Bezug auf den befürchteten Ansturm auf die Sozialsysteme durch die Geflüchteten? Ich muss zuvor vorausschicken, dass ich kein Soziologe oder Verhaltensforscher bin – genauso wenig erhebe ich Anspruch darauf, dass es sich bei diesem Text um eine wissenschaftliche Arbeit handelt. Ich habe in meinem Berufsleben jedoch viel mit Menschen zu tun und denke, dass ich recht gut beobachten und beurteilen kann. Doch zurück zur Fragestellung. Meiner Meinung nach ist die ablehnende Haltung gegenüber Fremden und Geflüchteten oder generell gegen Ausländer das Ergebnis einer Mischung aus den drei genannten Komponenten.

Rassismus im Sinne von wirklichen, pseudowissenschaftlichen Rassegedanken, wie ihn die Nazis während ihrer Gewaltherrschaft propagiert hatten und wie ihn die An-

hänger von Neonazigruppen wie z.B. die US-amerikanische „White Arier Nation“ offen vertritt, wird sich wahrscheinlich nur in den Köpfen überzeugter Funktionäre der Rechtsextremen festgesetzt haben. Doch der – nennen wir ihn mal Alltagsrassismus – welcher sich in Teilen der Gesellschaft immer wieder durch Worte, Gesten und Handlungen zeigt, hat die gleichen Wurzeln. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich Reste des Gedankengutes vom „überlegenen, weißen, blonden Deutschen“ sozusagen als vererbte Masse in das kollektive Gedächtnis eingebrannt haben. Das zeigte sich vor allem in den 1960er/1970er Jahren, als die sogenannten Gastarbeiter nach Deutschland kamen. Hier trafen Menschen mit zumeist südländischer oder gar orientalischer Kultur (ist das schon Rassismus, wenn man davon spricht?) auf die Generation der Deutschen, die den Krieg verloren hatten, denen man aber über 12 Jahre eingetrichtert hatte, dass sie die „überlegene Herrenrasse“ und zum Herrschen auserkoren seien. Der Umgang mit den Menschen, die zunächst angeworben worden und hergekommen waren, um die boomende Arbeitswelt in Deutschland zu unterstützen, entwickelte sich sehr rasch zur alltäglichen Diskriminierung – umso mehr als man merkte, dass hier nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern tatsächlich Menschen mit Bedürfnissen ankamen, die schließlich bleiben wollten und ihre Familien nachholten.

Vor allem die Türken waren (und sind es leider noch immer) für viele Deutsche Menschen zweiter Klasse. Wer einmal an der Kasse beobachtet hat, wie eine ältere türkische Frau mit wenig Sprachkenntnissen deshalb abfällig vom Personal behandelt wird, weiß, was ich damit meine. Und genau diese Jahrzehnte lange Diskriminierung führt im Gegenzug zu den so viel kritisierten Parallelgesellschaften, weil die im Alltag gemiedenen Menschen natürlicherweise unter sich bleiben. Zudem darf man trotz aller Versuche von Integration, die es durchaus gab und gibt niemals erwarten, dass man aus Menschen anderer Herkunft sozusagen Musterdeutsche macht, die gefälligst Schweinefleisch und Sauerkraut zu essen haben und auch ansonsten der sogenannten „deutschen Leitkultur“ (was immer das auch sein mag) nacheifern. Wenn die Nachkommen ausgewanderter Deutscher in den USA noch heute bayrische Trachten tragen, nur deutsch sprechen und Paraden mit Marschmusik in New York

abhalten, dann wird das hier beklatscht und gutgeheißen. Gleichzeitig kritisiert man hierzulande Menschen, die ihre Traditionen pflegen, als nicht integrationsfähig.

Dieser beschriebene Rassismus ist aus meiner Sicht ein Bestandteil der sich derzeit wieder ausbreitenden Fremdenfeindlichkeit. Ein weiterer ist mit Sicherheit tatsächlich die Angst zum einen aktuell vor dem islamistischen Terror und spezifisch generell vor fremden Kulturen und Verhaltensweisen. Manchmal scheint es wirklich so zu sein, dass das Klischee von der „German Angst“ tatsächlich stimmt. Mit nichts kann man hier schneller und besser Stimmung machen, als mit der Angst vor vermeintlichen Gefahren. Ich mache an dieser Stelle nur mal das Beispiel der Furcht vor Grippewellen, die beinahe regelmäßig jährlich die Deutschen befällt. Die sogenannte Vogelgrippe, die vor einigen Jahren zu teilweise paranoiden Zuständen, u.a. dem Kauf von Impfmitteln in Millionenhöhe durch den Staat geführt hatte, die sich später als eher wirkungslos herausstellten und dann weiter nach Afrika verkauft wurden, gehört zu diesen Beispielen.

Mit Angst lässt sich aber auch hervorragend Politik machen. „Freiheit statt Sozialismus“ hieß der Wahlkampfslogan der CDU in den späten 1960ern, der in abgewandelter Form noch heute vor einer vermeintlichen Gefahr sozialer Politik warnt. Auch die Angst vor dem Terror wird immer wieder gern verwendet, um bestimmte Gesetzesvorhaben wie die Vorratsdatenspeicherung und weitere Beschneidungen von tatsächlichen Freiheitsrechten durchzusetzen. Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich im Grunde in den letzten Jahren verbessert, wenn man den Statistiken¹⁵ der Kriminalitätsentwicklung glaubt. Allerdings ist es bei Gewaltdelikten zu einem deutlichen Anstieg gekommen, was vor allem mit politisch motivierten Straftaten hauptsächlich aus dem rechtsextremen Milieu liegt.

Die Wahrscheinlichkeit, dass man Opfer eines terroristischen Angriffes oder Anschlags wird, ist trotz der furchtbaren und verachtenswerten Taten in Paris, Brüssel, Ankara oder Pakistan in Deutschland nach wie vor sehr abstrakt. Viel eher ist ein

¹⁵ Bundesministerium für Inneres, Polizeiliche Kriminalitätsstatistiken 2001-2015

Verkehrsunfall möglich, weil sich die Verkehrsdichte deutlich erhöht hat und es häufiger als z.B. in den 1990er Jahren zu Fahrten unter Drogeneinfluss kommt. Es sterben auch täglich Menschen auf Europas Straßen, so dass man am Jahresende auf mehrere Tausend Tote kommt. Allein in Deutschland gab es 2015 weit über 3000 Unfallopfer mit Todesfolge. Das bedeutet, man setzt sich einem potenziell viel höheren Risiko aus, wenn man am Straßenverkehr teilnimmt, als wenn man z.B. eine Massenveranstaltung besucht. Trotzdem fürchten wohl die wenigsten Menschen in Deutschland die Fahrt mit dem Auto oder dem Fahrrad. Aber vor islamistischen Terror haben inzwischen sehr viele Leute Angst.

Die Dritte im Bunde der Begründungen von Fremdenfeindlichkeit ist meiner Meinung nach die sogenannte soziale Konkurrenzangst. Hier geht es zum einen um die Furcht, bzw. die (unbegründeten) Vorwürfe, dass die „Flüchtlinge alles bekommen“, was den deutschen Bedürftigen vorenthalten werde. Diese unwahren Behauptungen werden z.B. in sozialen Netzwerken von rechtsextremen Seiten aufgegriffen, verbreitet und mit vermeintlichen Beispielen „belegt“. Ob das bei der Mehrheit der Sozialhilfeempfänger, der prekär Beschäftigten und der Rentner mit geringen Altersbezüge tatsächlich so verhängt, ist schwer abzuschätzen. Aber es ist eher wahrscheinlich, dass diese Gruppe zumindest für solche falschen Argumente anfällig ist. Die Analyse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2016 hat gezeigt, dass jeweils über 40%¹⁶ der Wähler der AfD aus dem Bereich der ehemaligen Nichtwähler kommt – und das sind zumeist die sozial Abhängigen und Benachteiligten, die angesichts ihrer Situation resigniert haben und sich nicht mehr von Politik repräsentiert fühlen, jetzt aber die Chance sehen, es „denen da oben“ mal richtig heimzuzahlen.

Klar ist jedoch – und hier wieder der Bezug zur bereits weiter oben erwähnten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Krise in der Mitte der Gesellschaft – dass es auch beim gutverdienenden Mittelstand der Selbstständigen und Facharbeiter einen nicht unerheblichen Teil Menschen gibt, die solche Thesen unterstützen. Es handelt sich

¹⁶ Landeswahlleiter, Statistische Landesämter

also bei dieser Gruppe nicht um die Furcht, nicht genug Sozialleistungen abzubekommen, da sie diese ja nicht beziehen, sondern durch ihre stabilen Beiträge mitfinanzieren. Eher geht es hier um die Angst vor der Möglichkeit, dass diese Sozialsysteme zusammenbrechen könnten, weil sie durch zu viele Bezieher überlastet würden (oder es deshalb zu höheren Beiträgen käme).

Ich denke, dass beides eine Rolle spielt und die Fremdenfeinde die gesamte Bandbreite der Gesellschaft abbilden. An dieser Stelle kommen wir zu der Frage, ob dies eine Begründung sein kann, ein Sozialpaket nur für Deutsche zu fordern, wie es kürzlich der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel getan hat? Seine Begründung zielt genau in die Richtung, dass die Mehrheit der sozial Benachteiligten eine Ungerechtigkeit in der Behandlung der Flüchtlinge und ihnen selbst sehe, die beseitigt werden müsse. Dafür fordert er eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, mehr Kita-Plätze und eine Aufstockung niedriger Renten. Dies soll die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung flankieren, damit „die Bedürfnisse der Menschen nicht weiter unter die Räder geraten“, so Gabriel. Sein Gegenpart bei dieser Diskussion war sozusagen Finanzminister Schäuble, der die Forderungen seines Ministerkollegen als „erbarmungswürdig“ bezeichnete und damit deutlich machte, dass er – genau wie die Kanzlerin – dieses Ansinnen von Gabriel auf keinen Fall teilte. Am Ende hat man sich allerdings doch auf ein Paket in Höhe von zusätzlichen rund 10 Milliarden¹⁷ Euro für soziale Projekte und Integration geeinigt – eine Bewertung dazu folgt im nächsten Kapitel.

Sozialpolitik in Deutschland

Betrachtet man die arbeits- und sozialpolitischen Zustände in Deutschland, so stellt man fest, dass es unterschiedliche Darstellungen dazu gibt. Offiziell ist die Beschäftigungslage mit über 41 Millionen Beschäftigungsverhältnissen und einer Arbeitslosenquote zwischen 6,4 bis 6,7%¹⁸ so gut wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Die

¹⁷ Braunschweiger Zeitung, 24. März 2016

¹⁸ www.statista.de/ Graphik Arbeitslosenstatistik seit 1954

Beiträge zu den Sozialversicherungen sind stabil und die Einnahmen sprudeln aufgrund des hohen Beschäftigtenniveaus. Eine genauere Betrachtung dieser Situation zeigt aber auch, dass neben den offiziell rund 2,9 Millionen¹⁹ Arbeitslosen noch weitere Menschen ohne, oder mit nur geringer Beschäftigung existieren. So nimmt man aus „kosmetischen“ Gründen z.B. die jeweils in einer Woche krankgeschriebenen Arbeitslosen aus der Statistik heraus, obwohl sich an deren Situation mit Sicherheit nichts geändert hat. Auch Arbeitslose über 55 kommen darin nicht mehr vor, genau wie die etwa 5,1 Millionen (mit Nebenjobs 7,7 Millionen) geringfügig Beschäftigten nicht, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Addiert man diese Zahlen, so kommt man auf rund zehn Millionen Menschen im Land, die auf Unterstützungen wie Arbeitslosengeld II und Aufstockungen angewiesen sind. Diese Zahl hat sich seit den sogenannten Hartz-Reformen, welche die rotgrüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder 2003 umgesetzt hatte, nicht wesentlich verändert – sie ist lediglich statistisch geschönt worden.

Auch ansonsten hat es in den vergangenen 30 Jahren einen stetigen Rückschritt an Errungenschaften des Sozialstaates gegeben. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die zwar derzeit für einige Jahrgänge unter bestimmten Voraussetzungen aufgehoben wurde, die aber letztlich noch immer gilt, gehört mit Sicherheit zu diesen Verschlechterungen. Auch die generelle Höhe der zu erwartenden Renten sinkt vom einstmaligen Ziel der Lebensstandarterhaltung auf inzwischen für viele Betroffene Sozialhilfesatz, da das Rentenniveau durch die sogenannte Rentenformel in einigen Jahren bis auf 43% des Nettoentgeltes sinken wird. Die bereits dargestellten Geringverdiener und Langzeitarbeitslosen, aber auch Bezieher von durchschnittlichen Einkommen, werden auf jeden Fall direkt in die Altersarmut rutschen, wenn sie ins Rentenalter kommen. Als Begründung für diese ständigen Verschlechterungen wurde und wird stets der angeblich drohende demographische Wandel und die Behauptung, dass „wir immer älter werden“ benutzt. Dem müsse entgegengesteuert werden und zudem sei jeder auch für seine Altersvorsorge selbst verantwortlich, wie es aus neoliberalen Kreisen immer so schön heißt.

¹⁹ Bundesamt für Statistik – Der Arbeitsmarkt im Februar 2016/ ausgesuchte Zahlen

Wenn ich nun noch einmal auf die bereits erwähnten 10 Milliarden Euro zurückkomme, die Schäuble mehr ausgeben will, dann könnte man angesichts der bisherigen Entwicklung der Sozialpolitik der vergangenen 25 Jahre bei dieser Summe eigentlich nur müde lächeln – wenn das Thema nicht so ernst wäre. Im Jahr 2010 hat sich die damalige Bundesregierung zu einem sogenannten Sparpaket²⁰ in Höhe von insgesamt 80 Mrd. Euro für die Jahre 2011-2014 entschlossen. Der damalige Haushalt beinhaltete z.B. die Sparte „Arbeit und Soziales“ mit rund 147²¹ Mrd. Euro. 2016 hat dieser Posten lediglich noch knapp 130 Mrd. Euro – also 17 Mrd. Euro weniger trotz der Tatsache, dass die geflüchteten Menschen einen erhöhten Bedarf ausweisen werden. Rechnet man noch die geplanten 10 Mrd. Euro hinzu, fehlen im Verhältnis zu 2010 noch immer rund sieben Milliarden Euro. Zudem ist die genannte Erhöhung nicht ausschließlich für den innenpolitischen Bereich vorgesehen. Das Entwicklungshilfeministerium bekommt laut des Artikels in der Braunschweiger Zeitung rund 7,4% mehr und wächst auf einen Haushaltsanteil von rund acht Milliarden Euro. Als Entwicklungshilfe versteht man z.B. auch die Ausbildung von Militärkräften in Afghanistan durch die Bundeswehr!

Der Verteidigungshaushalt belief sich 2010 übrigens auf 31,1 Mrd. Euro und hat aktuell eine Höhe von 36,6 Mrd. Euro. Zudem will sich die derzeitige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen weitere rund 130 Mrd. Euro in den nächsten Jahren für die Erneuerung von Material und Equipment der Truppe sichern, wofür Finanzminister Schäuble bereits grünes Licht gegeben hat. Die zuvor von der dafür eigentlich zuständigen Umweltministerin Hendricks erbetenen 13 Mrd. Euro für den sozialen Wohnungsbau hatte er abgelehnt, als sei er allein und nicht der Bundestag für die letzte Entscheidung darüber zuständig. Stattdessen fließen nun lächerliche 800 Millionen Euro in den Bau neuer und bezahlbarer Wohnungen. Diese kleine Exkursion in Sachen Sozialausgaben versus Verteidigungsetat zeigt einmal deutlich die Diskrepanz in der Entwicklung der beiden Haushaltssparten – und auch was die zehn Milliarden Euro mehr wert sind. Sie sind ein Tropfen auf dem heißen Stein.

²⁰ Siehe Text „Sparpakete und andere Dinge, die wir uns schenken können“, Björn Harmening, 2010

²¹ Bundesministerium für Finanzen, Bundeshaushalt 2010 und 2016

Oberste Prämisse von Schäuble bleibt offensichtlich die sogenannte schwarze Null im Haushalt – also der faktische Rückgang der Neuverschuldung. Ob das in Zeiten notwendiger Mehrinvestitionen sinnvoll ist und ob es nicht andere Formen der Geldbeschaffung für staatliche Aufgaben gibt, bleibt dahingestellt.

Verantwortlich für eine derartige Politik sind die Bundesregierungen angefangen bei der Regierung Kohl in den 1980er Jahren, über Gerhard Schröder mit seiner sogenannten Agenda 2010, bis hin zu Schwarzgelb und Großer Koalition aus CDU/CSU und SPD, wie sie derzeit gerade wieder im Amt ist. Es wurde und wird neben dem ständig gepredigten Sparen noch immer eine stetige Politik der Umverteilung von unten nach oben betrieben. Das zeigt auch der inzwischen aus meiner Sicht skandalöse Eigentumsunterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Zehntel dieser Gesellschaft. Ich habe auf diese Unterschiede bereits in anderen Texten hingewiesen. Laut einer Stichprobe des Bundessozialministeriums in 2016, besitzen inzwischen die reichsten zehn Prozent der Deutschen über 52%²² der Vermögenswerte. Dieser Trend gilt übrigens weltweit und mündet in der perversen Tatsache, dass die 62 reichsten Menschen dieser Erde so viel besitzen, wie der ärmere Teil der Weltbevölkerung – also rund vier Milliarden Menschen. Diese sozialen Verwerfungen entstehen jedoch nicht von selbst, sondern sind z.B. auch Ausfluss einer ungerechten Steuerpolitik, bei der hohe Vermögen und Gewinne großer Konzerne geschont werden, während man indirekte Verbrauchssteuern, denen man als Normalkonsument nicht entgehen kann, erhöht hat.

Alle Regierungen seit Schröder haben sich gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ausgesprochen – angeblich, weil das Bundesverfassungsgericht ein Urteil dagegen ausgesprochen hat. Dabei ging es darin lediglich um die ungleiche Berechnungsgrundlage von Barvermögen und Immobilienbesitz, nicht um die Steuer an sich. Bei einem weiteren Urteil des höchsten deutschen Gerichtes zum Thema Verfassungswidrigkeit einiger Berechnungen der Sozialleistungen aus den sogenannten

²² Quelle: Spiegel Online, 25.1.2016

Hartz-Gesetzen beeilt man sich auf Seiten der Politik hingegen nicht so sehr, dem nachzukommen.

Die Liste der politischen Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung, die aus abhängig Beschäftigten und Sozialleistungsempfängern besteht, lässt sich weiter fortführen. Neben den Verschlechterungen aus den bereits genannten „Hartz-Gesetzen“ mit ihrer restriktiven Vergabementalität von Leistungen, die eigentlich Grundrecht der Empfänger sind, ist sicherlich der gesamte Block der prekären Beschäftigung wie Leiharbeit und Werkverträge zu nennen. Diese Beschäftigungsformen sind durch entsprechende Gesetzesänderungen in den letzten zehn Jahren erst „aufgeblüht“. Sie sind zutiefst ungerecht, da sie das unternehmerische Risiko auf den einzelnen Arbeitnehmer abwälzen und zudem eine Zukunftsperspektive gerade für die zumeist betroffenen jungen Leute erschweren oder gar unmöglich machen.

Der Niedriglohnsektor und die Teilbeschäftigungen sind nach wie vor dominant bei der Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse. Auch der aktuell gültige Mindestlohn von 8,50 Euro ändert nichts an der Tatsache, dass man von einem solchen Monatsentgelt nicht wirklich leben kann. Qualifizierung wird in diesem Zusammenhang immer als Lösung für die Betroffenen genannt. Da ist im Grunde auch etwas Wahres dran, aber in der Realität kommen die Bezieher von Niedrigentgelten selten dazu, sich neben dem Job, der oft genug die übliche Arbeitszeit von 40 Stunden/Woche weit überschreitet, noch um Fortbildung zu kümmern. Zudem fehlt es bei dieser Gruppe häufig grundsätzlich an Schulabschlüssen; ganz zu schweigen von fehlenden Möglichkeiten, sich betrieblich weiterzubilden.

All diese genannten Punkte sorgen für eine entsprechende soziale Verunsicherung und letztlich auch für die Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wird. Zusammen mit denjenigen, denen es eigentlich wirtschaftlich noch gut geht, die aber befürchten, sozial abzurutschen, wird daraus die Masse derjenigen, die für fremdenfeindliche Parolen zugänglich sind und ihren Unmut dann bei Pegida äußern und die AfD wählen. Trotzdem darf die Politik nicht

diesem Drängen nachgeben. Weder darf sie sich dadurch anbieten, dass sie die gleichen rechtslastigen und nationalistischen Argumente nutzt, wie es die CSU – hier vor allem führend Horst Seehofer und Markus Söder – tut, noch kann die vermeintliche Benachteiligung der Deutschen ein Grund für solche „Sozialpakete“ sein, wie Sigmar Gabriel sie fordert.

Vor allem dann nicht, wenn man an vielen Stellen durch seine bisherige Politik verantwortlich für die ganzen gesellschaftlichen Verwerfungen ist. Der von Gabriel beklagte Umstand, dass die Menschen nicht „weiter unter die Räder“ geraten dürften, ist doch nicht gottgegeben. Wer hat denn den sozialen Wohnungsbau all die Jahre vernachlässigt? Wer trägt Verantwortung für eine verfehlte Sozialpolitik, obwohl Sozialverbände, NGO und Gewerkschaften vielfältige Alternativen aufzeigten? Wer hat dafür gesorgt, dass private Rentenversicherungen hofiert und als die einzig wahre Antwort auf den demographischen Wandel dargestellt wurden? Jetzt in Zeiten von Niedrigzinsen ohne Rendite zeigt sich doch, dass nur umlagefinanzierte Systeme jeder Krise des kapitalistischen Finanzmarktes widerstehen. Wer hat die sogenannten Heuschrecken durch eine entsprechende Steuerpolitik erst ins Land gelockt und dafür gesorgt, dass Unternehmen zerteilt und die Filetstücke steuerfrei verkauft werden konnten, während dafür Tausende von Arbeitsplätzen verloren gingen? Wer hat dafür gesorgt, dass Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben wie Energieversorgung, Gesundheit und Bildung den Kommunen und somit den Menschen bei schlechterer Qualität teuer zu stehen kommen? Wer hat Leiharbeit, Werkverträgen, Niedriglöhnen, Minijobs und dergleichen den Weg geebnet? Das alles sind und waren doch die Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne, die nun über die Wahlergebnisse der AfD erschrecken und hektisch nach Möglichkeiten zur „Besänftigung des Wählers“ suchen.

Nein, Herrschaften, so geht das nicht. Das bekommt man nicht in den Griff, indem man Pseudosozialprogramme mit nationalistischem Charakter auflegt. Vielmehr muss tatsächlich mit einer wirklichen Politikwende zu Gunsten der Mehrheit der Menschen reagiert werden – und zwar sofort und für alle!

AfD als Alternative?

Bevor ich den geneigten LeserInnen darstellen möchte, welche Alternativen (nicht nur) ich im Bezug zur derzeitigen (Sozial)-Politik sehe, möchte ich für einige Zeilen noch einmal einen Schwenk hin zur AfD machen und die Frage aufwerfen, ob diese Partei denn nun tatsächlich eine andere Politik betreiben will. Abgesehen vom stark nationalistischen bis hin zum deutlich faschistischen Charakter der AfD oder Teilen von ihr, fiel sie bisher nicht sonderlich mit anderen programmatischen Punkten auf. Ein Grundsatzprogramm ist erst im März 2016 als Entwurf veröffentlicht worden. Daraus und aus den Wahlprogrammen zu den bereits weiter oben dargestellten Landtagswahlen lassen sich aber die weiteren Ziele der AfD entnehmen.

Ein erster Blick in die Programme zeigt zunächst an vielen Stellen eine nationalistisch und völkisch geprägte Syntax, die den Parteiprogrammen der NPD nicht nur ähnlich ist, sondern zum Teil dem Wortlaut genau gleicht. So versteht die AfD unter der künftigen Europäischen Union keinen Bundesstaat, sondern ein „*Europa der Vaterländer*“²³, wie es auch die NPD in gleicher Weise formuliert hat. Von daher ist die zum Zeitpunkt des Entstehens dieses Textes aktuelle Auseinandersetzung innerhalb der AfD um den saarländischen Landesverband, der offenbar zu dicht an der rechtsextremen Konkurrenz dran war und dafür in Gänze abgesetzt wurde, eigentlich nur pseudodemokratisches Geplänkel. „*Der Grün-roten Multi-Kulti-Ideologie, die jetzt schon grandios gescheitert ist, setzt die AfD ein Bekenntnis zu Baden-Württemberg als Heimat – für Einheimische und gut integrierte Eingewanderte – mit deutscher Leitkultur entgegen*“, heißt es beispielsweise im Wahlprogramm zu den Landtagswahlen im Südwesten der Republik. Die als „*Katastrophe*“ bezeichnete Einwanderung von Menschen will die Partei „*notfalls auch mit Grenzzäunen*“ aufhalten. Abgesehen vom unmenschlichen und faschistoiden Charakter dieser Aussagen zeigt die AfD nicht auf, wie so etwas schon rein technisch entlang einer mehrere Tausend Kilometer langen Grenze zu unseren Nachbarn zu bewerkstelligen sein soll.

²³ Punkt 4 des Entwurfes eines Grundsatzprogramms der AfD

Das Familien- und vor allem das Frauenbild der Partei AfD ist streng konservativ mit deutlichen Einschüben hin zur Diskriminierung von alternativen Familienmodellen und Alleinerziehenden. Für ein „*selbstgewähltes Lebensmodell Alleinerziehung*“ soll es künftig keine Unterstützung mehr geben. Hier tut die AfD so, als würden sich die zumeist weiblichen Alleinerziehenden, die z.B. von Arbeitslosengeld II abhängig sind, ihre Situation selbst aussuchen. Als würde es nun mal im menschlichen Miteinander keine Komplikationen und Zerwürfnisse geben. Wenn man die Argumentation dazu mal genauer betrachtet, dann bedeutet das in der Folge, dass sich die Frau halt in der Ehe wieder zu unterwerfen hat, damit es eben nicht zum Zerbrechen der Beziehung oder der Ehe kommt. Genau das soll nämlich mit einer derartigen Politik erreicht werden. Der Hinweis sei mir noch gestattet, dass Frauke Petry und weitere Führungskräfte der AfD bereits gescheiterte Ehen hinter sich haben und sie dem Ideal, dass ihr Parteiprogramm verherrlicht, somit nicht gerecht werden. Wie so oft genügen die Prediger einer Ideologie nicht ihren eigenen Ansprüchen, verlangen dies aber von anderen Menschen.

Unter der Überschrift „*Chancengleichheit wiederherstellen*“, die ja eigentlich Gleichberechtigung als Ziel suggeriert, will die rechte Partei Gleichstellungsbeauftragte und Frauenquoten wieder abschaffen. Da dies in Wahrheit zur Benachteiligung männlicher Bewerber z.B. an den Hochschulen geführt hätte, wie es im Programm argumentiert wird. Dass sich diese Ungleichheit und Ungleichbehandlung aber in den vergangenen Jahrzehnten den Frauen gegenüber ständig gezeigt hat, was sich dann auch in der noch immer vorhandenen Spreizung von Entgelten um bis zu 20% widerspiegelt, wird nicht erwähnt. Ideologisch gesehen, soll die Frau ja auch lieber wieder dem Ideal der Hausfrau und Mutter entsprechen, so wie es auch schon die NSDAP propagiert hat. Die AfD tut es ihr gleich, verschleiert diese Ansichten aber noch geschickt hinter moderneren Formulierungen.

Statt staatlich-hoheitliche Aufgaben wieder zurück in die Verantwortung der Gesellschaft zu bringen, setzt die AfD – und hier zeigt sich der stark neoliberal geprägte

Anteil der programmatischen Ausrichtung – vermehrt auf privates Eigentum an Gütern und Produktionsmitteln. Wettbewerb schaffe die Freiheit, sich zu entfalten und zwischen verschiedenen Angeboten und Arbeitsplätzen zu entscheiden. Damit könnten ertragsbringende Chancen ergriffen werden, aber auch die Pflicht, für ein mögliches Scheitern einzustehen. Dies mag ja noch alltäglich für entsprechend wohlhabende Unternehmer sein, aber gemeint ist damit jeder und jede, so dass soziale Risiken und solidarisches Handeln künftig nach dem Willen der AfD nicht mehr stattfinden, sondern alle sozusagen selbst „ihres Glückes Schmied“ sind. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang im Programm die „Freiheit des Menschen“ herangezogen und in als Gegenmodell zu staatlichen Aufgaben dargestellt. Eine „schlanke Verwaltung“ wird gefordert. Der Staat möge sich möglichst aus allem so weit wie möglich heraushalten und nur „Schiedsrichterfunktionen“ ausüben. Aus diesem Grund möchte man auch ein neues Steuermodell mit „vereinfachten“ Steuersätzen einführen, die vermeintlich die unteren Einkommen entlasten, in Wahrheit aber Besserverdienenden viel mehr zugutekommen und mit abgesenkten Steuersätzen vor allem eines bewirken: dass der Staat handlungsunfähiger in seinen Aufgaben wird, da ihm die Grundlage dazu entzogen wird.

Was sich wie ein revolutionäres Manifest anhört, ist in Wahrheit nur die inhaltliche Fortsetzung und auch Radikalisierung neoliberalistischer Ideologien, wie sie die FDP in den 1990er Jahren propagierte und zum Teil leider auch umsetzte. Wohin Privatisierung der genannten Aufgaben einer Gesellschaft führt, kann man aktuell am Gesundheitssystem und am Beispiel der Kliniken sehen, die sich in den Händen von Großkonzernen befinden und in denen Profit vor Gesundheit und Wohlergehen der Patienten gesetzt wird. Hygienezustände, bei denen Keime aufgrund von Sparmaßnahmen nicht mehr richtig bekämpft werden, sogenannte Honorarärzte, die als Scheinselbstständige austauschbar und möglichst billig arbeiten und unhaltbare Personalsituationen auf den Stationen sind das Resultat einer solchen Politik. Von verantwortlichem Handeln zum Wohl der Allgemeinheit, wie es die Partei immer wie-

der in ihrem Programm als Segen darstellt, ist in der Realität leider keine Spur zu finden. Hohe Rendite heißt das Zauberwort der Anteilseigner – so wie immer in der Privatwirtschaft. So zu tun, als sei das nicht der Fall, ist reine Heuchelei.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung setzte die AfD ebenfalls auf Privatisierung des Arbeitslosengeldes I. *„Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen“*, lautet der Vorschlag. Also keine kollektive Finanzierung mehr, sondern jeder kann nach Bedarf (und vor allem nach Geldbeutel) entscheiden, was und wie er abgesichert wird. Dass dies bedeuten würde, dass mindestens ein Viertel der rund 41 Millionen Beschäftigten sich von einer vernünftigen Sozialversicherung verabschieden könnten, weil ihre Entgelte gar nicht dazu ausreichen, sich wirklich abzusichern, wird natürlich nicht erwähnt. Zudem bleiben die Fragen offen, ob sich die Arbeitgeber wohl noch mit ihren Beitragsanteilen beteiligen und wie sich die private Arbeitslosenversicherung am Markt bewegt. So wie die gescheiterten Rentenversicherungen a la' Rister etwa?

Auch im Bereich des Renteneintrittsalters will die AfD, modern wie sie sich gibt, nur „Gutes“ für die Beschäftigten erreichen. Dafür will sie den Wegfall der Arbeitgeberbeiträge im Rentenalter durchsetzen, um der Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer mit guter Ausbildung nicht im Wege zu stehen. Soll heißen, ältere Beschäftigte dürfen länger ran oder werden eingestellt, weil es sich aufgrund der nicht mehr zu zahlenden Beiträge lohnt, diese einzustellen – und die Jungen gucken in die Röhre. Die AfD begründet diesen Schritt allerdings mit dann fehlender Konkurrenz der beiden Altersgruppen zueinander. Diese welt- und vor allem auch betriebsfremde Sicht zeigt im Grunde nur die Handlungsweise auf, welche die Partei durch das gesamte Programm hindurch immer wieder bestreitet: Klientelpartei für die Unternehmen zu sein und nur dort Vorteile zu gewähren.

Diese Handlungsweise setzt sich fort in den Forderungen nach dem Wegfall von Regulierungsinstrumenten durch den Staat, dem Entfall von Erbschafts- und Gewerbesteuern, der Senkung von Körperschaftssteuern und wie dargestellt, dem Entfall oder der Beschränkung der Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungen. Alles wird in schönen bunten Freiheitsbildern dargestellt. Zwar gibt es auch deutliche Kritik am Bankensystem oder an den Ursachen der Finanzkrise, aber die münden eben nicht in einer wirklichen Umkehr der Politik, sondern führen im Gegenteil zu einer Verschärfung eben jener Zustände, welche die beschriebenen gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten verschuldet haben. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler der AfD, der also aus dem betroffenen Bereich der sozial Benachteiligten kommt – und das ist wie bereits erwähnt kein kleiner Anteil – schneidet sich also noch mehr ins eigene Fleisch, indem die Menschen jene politische Ausrichtung verstärken, die sie eigentlich nicht mehr haben wollen und wegen der sie sich von ihrem demokratischen Recht auf Wahlen entfernt hatten.

Die AfD leugnet zudem allgemein geltende Erkenntnisse im Bereich von Wissenschaft und Umwelt und stellt den drohenden Klimawandel als nicht existent, bzw. als naturgegeben dar. Die Energiewende will sie wieder rückgängig machen und sie setzt zumindest auf eine weitere Nutzung der Atomkraft, die sie mit dem fadenscheinigen und unrichtigen Argument der ansonsten angeblich drohenden Energieunterversorgung und nicht ausreichender Kapazitäten der alternativen Energiequellen zu untermauern versucht. Zwar befasst sich die Partei in einem Abschnitt durchaus kritisch mit der derzeitigen Entsorgungspolitik des Atommülls und fordert tatsächlich die Rückholbarkeit der Abfälle, aber einen Zusammenhang zwischen der von ihr vertretenen Laufzeitverlängerung der Atommeiler und dem sich dadurch noch verschärfenden Problem der Entsorgung des Atommülls wird offenbar nicht bei den Vertretern der AfD erkannt.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die AfD in keiner Weise eine Alternative, sondern angesichts ihrer derzeitigen Wahlerfolge eher eine Katastrophe für

Deutschland ist. Sie ist zutiefst rassistisch und nationalistisch ausgerichtet und verfolgt eine Politik, die Deutschland international nur schaden und isolieren würde. Ungarn kann an dieser Stelle als Beispiel dafür genannt werden, wohin eine rechts-nationalistische Ausrichtung führt und welche Folgen dies im internationalen Ansehen haben kann – ein absoluter Super-GAU für ein Land, dessen Wirtschaft von Exporten abhängig ist. Aber nicht nur deshalb sind diese Partei und ihre politische Ausrichtung abzulehnen. Gerade Deutschland mit seiner Geschichte muss entsprechend Verantwortung für eine menschengerechte Politik übernehmen.

Die AfD verfolgt darüber hinaus die Verschärfung von sozialer Ungerechtigkeit und will solidarisches Handeln in der Gesellschaft zerstören. Sie setzt – ähnlich wie die NPD – nach außen hin auf das Bild einer durchaus kritischen und freiheitlich orientierten Organisation von Menschen, die etwas verändern wollen. In Wahrheit dient sie einer Klientel, die einen kleinen und wohlhabenden Teil der Bevölkerung darstellt und sich entsprechende Vorteile durch die Politik der AfD sichern möchte. Gleichzeitig wird diese Partei aber von einer Masse an Menschen unterstützt und gewählt, die solche Zusammenhänge offenbar nicht erkennen und sich von platten nationalistischen, unsolidarischen und rassistischen Parolen einfangen lässt. Ein weiterer Teil der Anhängerschaft erkennt das sehr wohl und begrüßt diese Ausrichtung offenkundig. Die sind aus meiner Sicht nicht von ihrer Meinung abzubringen, die anderen könnte man mit einer wirklichen Politikwende vielleicht überzeugen, dass sich demokratisches, solidarisches und menschliches Handeln durchaus lohnt – und dass es finanzierbar ist.

Alternativen – wir schaffen das?

Kommen wir also zu der Frage, ob wir DAS schaffen und was es denn sein müsste, DAS wir schaffen müssen? Um die Bundeskanzlerin wieder beim Wort zu nehmen: sie meinte natürlich in erster Linie die Integration der Geflüchteten und die Problematik insgesamt, wenn man das denn als Problem betrachten will. Ich bin mir aber überhaupt nicht sicher, ob Angela Merkel damit tatsächlich eine andere Politik verknüpft, die wir meines Erachtens nach dazu brauchen.

Wie ich schon weiter oben schrieb, ist es ohne Zweifel eine gewaltige Aufgabe, über eine Million Menschen aus einem fremden Kulturkreis hier zu integrieren und ihnen möglicherweise auch auf Dauer eine Heimat in Deutschland zu geben. Es ist aber auf keinen Fall unmöglich und es überfordert Deutschland auch nicht, aber es braucht dazu eine Menge Zeit, Geld und Personal sowohl im staatlicher Hinsicht, als auch im ehrenamtlichen Bereich. Die zumeist jüngeren Menschen ohne Ausbildung müssen in eine solche gebracht werden. Es sind dringend Sprachkurse und damit Verbunden auch ausreichend Lehrer/Innen dafür notwendig; dies scheint derzeit überhaupt nicht ausreichend vorhanden zu sein. Die gut ausgebildeten Menschen unter den Geflüchteten müssen ebenfalls rasch in die Arbeitswelt integriert werden, dazu muss man ihre Abschlüsse anerkennen. Die Kinder im schulfähigen Alter müssen schleunigst in den Schulen untergebracht werden und am Unterricht teilnehmen können. Traumata als Folge der schrecklichen Erlebnisse, welche die Menschen hinter sich haben, müssen psychologisch betreut und aufgearbeitet werden und noch viele Dinge mehr.

Darüber hinaus muss sich generell an der Sozialpolitik etwas ändern – aber nicht, weil sich die betroffenen Deutschen etwa zu Recht benachteiligt fühlen, sondern weil wir wieder zu einem wirklichen und demokratischen Sozialstaat zurückkehren müssen, denn nur ein solcher kann die Herausforderungen meistern. Dies ist sowohl innen-, als auch außenpolitisch dringend notwendig. Die EU muss ihre Außenpolitik demokratisch ausrichten und darf sich nicht mehr nur als Wirtschaftsmacht sehen, die alles dafür tut, Zugang zu Rohstoffen und Märkten zu erhalten, sich aber im Gegenzug anderen Ländern z.B. aus Afrika verschließt oder deren eigene Wirtschaft durch billige Exporte im Agrarbereich schädigt. Hier muss Deutschland zusammen mit anderen Kernländern der EU, wie Frankreich, Spanien, den Beneluxstaaten und Italien notfalls die Vorreiterrolle übernehmen, um wieder (oder erstmals) eine wirkliche Union nicht nur in wirtschaftlicher, sondern in sozialer und humaner Hinsicht zu bilden, die diesen Namen auch verdient.

Für die eben bereits erwähnten Aufgaben in Deutschland benötigen wir im Bereich der Bildung mehr Mittel und Personal. Gerade aufgrund der Tatsache, dass Integration in den Schulklassen bewältigt werden muss, sollten Lehrgespanne mit den Schülern arbeiten, um zum einen Förderung aber auch Leistungsforderung vernünftig und individuell leisten zu können. Zu diesem Zweck eignen sich meiner Meinung nach Gesamtschulen einfach besser. Das bisherige sogenannte dreigliedrige Schulsystem mit Haupt-, Realschule und Gymnasium produziert nur Eliten und Verlierer. Wer behauptet, dass gemeinsames Lernen in natürlich gewachsenen Klassenverbänden die leistungsstärkeren Schüler unterfordert, der weiß nicht, wie Menschen tatsächlich lernen und welches Potenzial in jedem Einzelnen steckt, wenn man es nur vernünftig und mit Geduld herausarbeitet. Es darf keine Jugendliche und kein Jugendlicher mehr ohne Abschluss die Schule verlassen und vor allem sollten wir als Gesellschaft damit aufhören, die Heranwachsenden möglichst früh aus der Schule zu entlassen, als würde das Wohl der gesamten Welt davon abhängen, dass Abiturienten bereits nach 12, statt nach dreizehn oder vierzehn Jahren ihre Reifeprüfung machen.

Wir brauchen Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen. Es kann und darf nicht sein, dass – wie auch im Februar 2016²⁴ wieder – rund 248.000 Jugendliche ohne Ausbildung oder Job sind und somit ihr Erwerbsleben gleich mit einem Leerlauf ohne Perspektive beginnen. Die Gründe dafür sind sicher vielschichtig, aber an der Stelle ist jede und jeder arbeitslose Jugendliche eine/r zu viel. Betriebe, die in der Lage sind, auszubilden, es aber nicht tun, müssen sich mit einer Ausbildungsumlage an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen, damit an anderer Stelle mehr Ausbildungsplätze finanziert werden können. Zudem müssen auch gerade im öffentlichen Dienst wieder mehr Angebote zur Ausbildung platziert werden. Wer angesichts der Zahlen von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz noch vom Facharbeitermangel spricht, der macht nur das eigene Versagen deutlich. Und wer meint, dass den Jugendlichen häufig die nötige Reife und Vorbildung fehlt, der springe bitte wieder einen Absatz nach oben.

²⁴ www.statista.de Zahl der arbeitslosen Jugendlichen bis unter 25 Jahren

Neben der Frage des Ausbildungsplatzes ist natürlich nach bestandener Ausbildung der Arbeitsplatz ein Garant für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben. Aber gerade in dem Bereich trifft es dann die jungen Erwachsenen – unabhängig vom Ausbildungsstand – zumeist insofern, als dass sie in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gelangen. Befristete Verträge, Leiharbeit oder Kettenpraktika sind hier schon eher die Regel, als die Ausnahme. Selbst ein akademischer Abschluss schützt nicht mehr vor derartigen Beschäftigungsverhältnissen. Das Wissen der jungen Leute wird gern abgegriffen, aber Sicherheit und Perspektive will man ihnen nicht oder nur sehr zögerlich gewähren. Dies wird sich gerade auch bei den Geflüchteten mit höheren Abschlüssen in den nächsten Jahren zeigen. Schon jetzt fordern manche Arbeitgeber und Teile der CDU ja bereits die Aufhebung des Mindestlohns²⁵ für die Geflüchteten, damit „man sie in den Arbeitsmarkt integrieren“ könne, wie es so schön heißt. Auch die frühzeitige Eingliederung in die Leiharbeit käme demnach für die Menschen, die hierher geflohen sind, bereits nach drei Monaten Aufenthalt infrage.

Offensichtlich erhofft man sich in konservativen und wirtschaftsliberalen Kreisen einen neuen Schwung für diese Formen der Beschäftigung durch Menschen, die sich erst mal nicht mit gemeinschaftlicher Kraft und Organisation dagegen wehren, weil sie froh sind, überhaupt angekommen zu sein und Arbeit zu erhalten. Aber genau das ist der falsche Ansatz. Leiharbeit ist generell ungerecht und unsozial. Die Leiharbeiter sind zumeist nur so lange beim Verleiher angestellt, wie sie vom Kunden entliehen sind. Dies hat die Abschaffung des sogenannten Synchronisationsverbotes im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) bewirkt. Die davon betroffenen Beschäftigten können zudem über Jahre auf diese Weise in einem Betrieb arbeiten, ohne die Chance auf eine feste Übernahme zu erhalten. Mir persönlich sind Fälle bekannt, in denen Leiharbeiter zehn Jahre und länger in ein und demselben Betrieb arbeiteten. Oftmals sind ihre Tarife bis zu 20% schlechter als die der Stammbeschafteten. Sie befinden sich auf Dauer in einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis, haben keine Zukunftsperspektive, bekommen schlecht Kredite und können nicht sicher für sich und ihre Familien planen.

²⁵ Siehe Bericht des Institutes der deutschen Wirtschaft Köln, Infodienste „Ausbildung hat Vorrang“

In solche Verhältnisse sollten weder die Geflüchteten, noch die hier geborenen Arbeitnehmer/Innen gezwängt werden. Leiharbeit sollte entsprechend verboten oder zumindest wieder in die Grenzen gesetzt werden, in denen sie einmal bestand. Wer die Lizenz dazu erworben hat und Personal verleihen möchte, der muss es bei sich unabhängig von der Verleihzeit fest einstellen und in verleihlosen Zeiten mit einem Grundentgelt ausstatten. Neben dem Entgelt müssen die so Beschäftigten einen Aufschlag aufgrund ihrer Flexibilität erhalten. Und wer Personal leiht, darf dies wirklich nur für Auftragsspitzen von allerhöchstens einem Jahr tun, ansonsten müssen die Menschen fest eingestellt werden, wobei ein ständiger Austausch von Personal nach der Verleihzeit unterbunden werden muss.

Insgesamt muss in Deutschland endlich wieder über eine generelle Arbeitszeitverkürzung zu Gunsten von Beschäftigung (und der Gesundheit der Beschäftigten) diskutiert werden. Vollzeitbeschäftigte arbeiten durchschnittlich noch immer rund 42 Stunden²⁶ in der Woche. An geleisteten Überstunden (bezahlt und unbezahlt) wird allerdings deutlich, wie hoch der tatsächliche Anteil der Arbeitsstunden bei den Beschäftigten ist. Dieser liegt bei durchschnittlich rund 20 Stunden im Monat und somit bei insgesamt zwischen 400-800 Millionen Stunden an Mehrarbeit. Wenn die wegfielen, könnten somit gut fünf Millionen Vollzeitstellen geschaffen werden – ganz davon abgesehen, dass es noch viel mehr wären, wenn man die wöchentliche Arbeitszeit auf 32 oder gar 30 Stunden absenken würde. Auf diese Weise könnte tatsächlich die vielbeschworene Vollbeschäftigung wieder gelingen (auch die der Geflüchteten und Vieler mehr) und man würde grundsätzlich aus Leistungsbeziehern Beitragszahler machen.

Das ist übrigens auch die einzig vernünftige Strategie bei der Finanzierung der Sozialversicherungen. Möglichst viele Menschen und alle Einkommensarten in Bürgerversicherungen einzubeziehen; also auch die Selbstständigen, Beamten, Politiker u.s.w. Diese Vorschläge machen Sozialverbände und Gewerkschaften wie die IG Me-

²⁶ Stat. Bundesamt, wöchentliche Arbeitszeiten

tall schon seit vielen Jahren und zeigen die Finanzierbarkeit solcher gesamtgesellschaftlichen Umlagesysteme auf. Allein, die interessengesteuerte Politik will nichts davon wissen und setzt stattdessen lieber auf Leistungskürzungen, das Aussetzen der Parität bei der Finanzierung durch Arbeitgeber und -nehmer oder auf die bereits beschriebene Privatisierung – mit den entsprechend negativen Ergebnissen bei der derzeitigen Krise in Bezug auf Renditen.

Wer die soziale Sicherheit in Deutschland erhalten will, der muss jedoch eingestehen, dass eben nur die breit aufgestellte Sozialversicherung nach Umlagesystem diese Sicherheit gegen jede Finanzmarktkrise gewährleisten kann. Am besten gelingt dies mit versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, die auch entsprechende Entgelte beinhalten. Der derzeit gültige Mindestlohn von 8,50 Euro bedeutet für einen ledigen Beschäftigten rund 1100 Euro, etwa 1400 Euro²⁷ (50,9% des Durchschnittsentgeltes in Deutschland) sind es für Verheiratete. Das ist trotz der positiven Bewertung des Mindestlohnes insgesamt aber noch keine Summe (bei Vollzeitarbeit!), von der man wirklich leben kann. Deshalb muss der Mindestlohn mindestens auf das Niveau von Frankreich (derzeit 9,53 Euro) oder noch besser auf das von Luxemburg (11,10 Euro) angehoben werden.

Und genau an der Stelle höre ich jetzt wieder die Kritiker aufschreien, dass dies das Ende der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im Export wäre, da die Kosten der Arbeit dann zu hoch wären etc., etc. Wir alle kennen diese Argumente, vorgetragen von den Experten und den sogenannten Wirtschaftsweisen. Wir haben uns so an diese Argumentation gewöhnt, dass wir sie gar nicht mehr hinterfragen. Weshalb sollten höhere Entgelte die Wettbewerbsfähigkeit denn beeinträchtigen? Wettbewerbsfähigkeit definiert sich doch nicht nur in Arbeitskosten – zumal hier nicht die absolute Zahl des Stundenlohns entscheidend ist, sondern die Produktivleistung pro Arbeitsstunde. Zudem sind Qualität, Liefertreue, Flexibilität, Innovation, gute Vertriebswege und Mengenleistung die entscheidenden Faktoren von Wettbewerbsfähigkeit. Höhere Löhne sind nicht die Begründung für nicht konkurrenzfähige Preise. Wenn

²⁷ Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mindestlöhne in der EU

das der Fall wäre, dürften im Umkehrschluss auch die Marken T-Shirts nicht teurer sein, als die in den gleichen Billiglohnländern und unter den gleichen üblen Bedingungen hergestellten Produkte der vielfach kritisierten Billigläden in Deutschland.

Höhere Entgelte sind auch nicht hinderlich für Produktivität oder Ausbringung. Sie stehen höchstens einem höheren Profit entgegen, weil die Verteilung der erarbeiteten Gewinne sich verändert. Und genau das ist der Knackpunkt in unserem Wirtschaftssystem. Die Verteilung der Gewinne aus der Summe aller Dienstleistungen und Produkte (dem Bruttoinlandsprodukt BIP) in Deutschland. Dieses entwickelt sich nämlich seit vielen Jahren stetig nach oben. 1992 lag es noch bei 1,69 Billionen²⁸ (also 1690 Milliarden) Euro. Im Jahr 2000 lag es bereits bei 2,111 Billionen Euro und 2015 waren es satte 3,025 Billionen. Das erklärt dann auch die steigenden Gewinne der Unternehmen und somit am Ende die hohe Summe des Privatvermögens (nur Barvermögen, keine Immobilien!) von 5,2 Billionen²⁹ Euro in 2015, das sich aber wie schon erwähnt, zu über 51% in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung befindet. Die „unteren“ 20% der Deutschen besitzen hingegen nichts oder haben entsprechend Schulden. Darunter befinden sich natürlich jene rund 10 Millionen Arbeitnehmer/Innen in den bereits beschriebenen prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Somit ist die Verteilung der Gewinne und des privaten Vermögens höchst ungerecht und muss verändert werden. Ich höre die Kritiker erneut rufen: „Weshalb denn das nun wieder?“ Ganz einfach, zunächst einmal, weil die Erarbeitung der Gewinne auch auf breiten Schultern erfolgte und die Erfolge entsprechend auch so geteilt werden müssen. Zudem ist aus meiner Sicht der soziale Friede genau in solchen Zeiten wie jetzt deutlich sichtbar gefährdet und es muss gegengesteuert werden. Außerdem ist es die Pflicht des Einzelnen, der Privatvermögen besitzt, dies dem Grundgesetz entsprechend auch immer zum Wohl der Allgemeinheit einzusetzen. Wenn das nicht nur eine schöne Floskel bleiben soll, dann muss es z.B. wieder eine andere Besteue-

²⁸ Stat. Bundesamt, Entwicklung des BIP bis 2015

²⁹ Zeit Online, 20. Juli 2015

rung für große Vermögen und Gewinne von Konzernen geben. Zudem ist eine Anleihe auf diese hohen Vermögen denkbar. Die hat es in der Geschichte der Bundesrepublik durchaus schon in Krisenzeiten gegeben hat, um damit staatliche Aufgaben, wie etwa besondere Investitionen zu finanzieren. Dadurch wird erstens niemand der Wohlhabenden oder der Konzerne in den Ruin getrieben, noch ändert sich in irgendeiner Form ihr Lebensstandard – aber der von Millionen anderer Menschen kann durchaus angehoben werden. Wenn das kein demokratisches und gerechtes Ziel ist, dann weiß ich nicht, was es ansonsten sein könnte.

Fazit einer Gesellschaft

Fassen wir noch einmal zusammen: Es gibt durchaus eine Krise, die mit den geflüchteten Menschen zu tun hat. Aber es ist nicht die Zahl derer, die zu uns kommen, sondern eher deren Situation und die bisherige Politik, sowohl auf bundesdeutscher, als auch auf europäischer und Weltebene, die dafür sorgt, dass so etwas überhaupt passiert und es auch nicht besser wird. Trotzdem müssen Europa und Deutschland reagieren und den Menschen, die zu uns flüchten auch Zuflucht gewähren – alles andere wäre unmenschlich und würde den so oft bemühten „westlichen Werten“ widersprechen.

In Deutschland bedeutet dies die Aufnahme und Integration von mehr als einer Million Menschen, die jedoch von ihrer Zahl her keine Überforderung darstellen, weil wir zum einen Einwanderung brauchen und zum anderen eine offene und bunte Gesellschaft gegen das nationalistische und monokulturelle Modell der Rechten aufstellen müssen – und das nicht nur aus wirtschaftlichem Interesse, sondern auch aus humanitären Gründen. Dafür braucht es aber eine andere Verteilung der Vermögen und Gewinne, um die Aufgabe der Integration und der Neugestaltung der sozialen und demokratischen Gesellschaft finanzieren zu können. Die verantwortliche Politik muss endlich begreifen, dass ein lobbyhöriges System vielleicht dem einzelnen Mandatsträger oder auch der Partei, aber nicht der gesamten Gesellschaft nutzt. Und der mündige Bürger muss endlich begreifen, dass unsolidarische, nationalistische und rassistische Ansätze keine Lösung der Probleme darstellen, sondern diese am Ende

noch verschlimmern. Wir sind nur das Volk, wenn wir auch alle mit einbeziehen, egal, welche Herkunft, Hautfarbe oder Religion sie besitzen.

Dies alles müssen wir aus meiner Sicht tun, um DAS zu schaffen, Frau Bundeskanzlerin. Wir brauchen eine deutliche Umkehr der Politik sowohl für die Menschen, die schon lange hier leben, als auch für die, die neu hinzukommen. Dabei sollte Deutschland diese einmalige Chance – denn eine solche ist es – nutzen, und das Potenzial der geflüchteten Menschen mitnehmen, indem man aus ihnen Einwanderer und Mitbürger macht. Aber davon müssten wie gesagt alle profitieren und es müssten auch alle mit anpacken. Die Früchte dieser Anstrengungen würden sich sicherlich nicht gleich morgen zeigen, aber die Erfolge einer Gesellschaft, die eine demokratisierte Wirtschaft (nicht eine wirtschaftskonforme Demokratie) und eine gerechte Sozialpolitik besitzt, würden sich auch im Umgang der Menschen miteinander zeigen. Das alles steht in diesem letzten Absatz im Konjunktiv, weil ich mir nicht sicher bin, ob das auch gewollt ist. Tun wir doch etwas dafür, dass es so wird!